



VON DER MACHT

HEROBERGT

Rot-Grün seit
25 Jahren an der Spitze
des Zürcher
Polizeidepartements

DIE MACHT EROBERN	3
DIE INSTALLATION DER ANGST	6
SICHERHEIT UND SAUBERKEIT	9
DIE ERFINDUNG	
DES AUSLÄNDISCHEN	
DROGENHÄNDLERS	12
DIE STADTPOLIZEI ALS	
QUARTIERENTWICKLUNGSORGAN	15
EINFACH NUR URBANER	18
LESSONS FROM THE BAY	21
AUS DEN AUGEN –	
AUS DER STADT?	23
SP-GENOSS*INNEN	
UNTERSTÜTZEN	
SCHNÜFFELSTAAT	25
HÄUSER IM	
DORNRÖSCHENSCHLAF	26
DER WOLFF UND	
DIE SIEBEN GEISELN	29

ZEITUNG MACHEN IST TEUER!

Diese Zeitung zu produzieren hat uns circa 9000 Franken gekostet.

Mit den Inseraten decken wir 5000 Franken. Wenn ihr uns für den Restbetrag finanziell unterstützen wollt und könnt, dann freuen wir uns und bedanken uns dafür. Unsere Kontoverbindung: PC 85-615659-1, antidot, 8036 Zürich, Vermerk «polizei». Merci.

«antidotincl.» bietet linken Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen die Möglichkeit, zu günstigen finanziellen Konditionen eine Zeitung zu publizieren. Das antidot-Herausgeber*innen-Kollektiv steht mit seinem Know-how und mit Rat und Tat zur Seite. «antidotincl.» wird jeweils der WOZ in der Gesamtauflage (ca. 17 000 Exemplare) beigelegt, weitere Exemplare werden durch die jeweiligen Macher*innen verteilt. Kontakt: info@antidotincl.ch.

1990



MÄRZ: Zürcher Stadtratswahlen: Die SP gewinnt 3 von 9 Sitzen und übernimmt zum ersten Mal das Polizeidepartement mit Bobby Neukomm (ex-Stadtförster). Seit diesen

Wahlen ist die SVP nicht mehr im Stadtrat vertreten.

JULI: Der Stadtrat von Zürich veröffentlicht die «10 drogenpolitischen Grundsätze». Drogenhandel oder «ausländische Drogenhändler» kommen darin nicht vor.

WAS PASSIERT, WENN LINKE AN DIE SPITZE DER POLIZEI GERATEN.

Vor 25 Jahren übernahm der frisch in den Zürcher Stadtrat gewählte SP-Mann Robert «Bobby» Neukomm die Verantwortung für das Polizeidepartement. Wurde in dem Vierteljahrhundert alles, oder wenigstens etwas, besser? Wir konstatieren die massive technische und rechtliche Aufrüstung der Zürcher Polizei (→Die Macht erobern ...). Spontan-Demos, die früher zum Standard-Repertoire der Linken und der Jugend gehörten, werden heute meist mit massiven Polizeieinsätzen verhindert (→Der Wolff und die sieben Geiseln). Die Stadtpolizei Zürich führt eine Art Bandenkrieg gegen migrantische Jugendliche (→Stadtpolizei als Quartierentwicklungsorgan). Sie führt ebenfalls Krieg gegen gewalttätige, vielleicht gewalttätig werdende und sich auch nur in der Nähe von vielleicht gewalttätig werdenden Fussballfans aufhaltende Personen. Mit dem «Altstetter Kessel» (→Einfach nur urbaner) und der stundenlangen Einkesselung von 839 FCZ-Fans bei klirrender Kälte erreichte die Repression neue Höhepunkte.

Die Stadt Zürich wurde und wird seit 1990 neu definiert und das Polizeikorps gehört neben der Baugesetzgebung zu den wichtigsten Instrumenten der Macht. Seit 1990 haben sich Regeln und Verbote («Erlaubt ist, was nicht stört») stetig verdichtet und in gut rotgrüner Manier stellte man den Polizeikräften ein kleines Heer von Sozialarbeiter*innen zur Seite (→Sicherheit und Sauberkeit). Auch die Regulierung der (Strassen-)Prostitution (→Aus den Augen – aus der Stadt?) gehört zum Repertoire der Aufwertung wie der Umgang mit Wohnungsnot und Hausbesetzungen durch Stadtrat und -Polizei (→Häuser im Dornröschenschlaf).

Als 1990 ein SP-Mann an die Spitze des Polizeidepartments gehievt wurde, war nicht Auf-, sondern Abwertung der Stadt das Thema. Der Druck auf den Polizeichef, dessen Scheitern die Rechte schadenfroh erwartete, war enorm. Seine Reaktion hat heute noch Folgen (→Die Erfindung des ausländischen Drogenhändlers).

Doch haben die linken Polizeichef*innen tatsächlich die Macht, oder hat die Macht sie? Kontrollieren sie das Polizeikorps, oder lassen sie sich in der Hoffnung es umzuerziehen als sichtbare, aber machtlose Galionsfiguren benützen? Wären wir mit einer rechten, von links scharf beobachteten Polizeichef*in nicht doch besser bedient?

Im vergangenen Vierteljahrhundert ist es in Zürich immer wieder zu krassen Fällen von Verletzungen der Menschenrechte durch Stadtpolizisten gekommen. Wir erinnern an den «Eldar S.», der 2002 von Fahndern der Stapo so brutal zusammengeschlagen und misshandelt wurde, dass er wohl lebenslang an den Folgen

leiden wird. Anstatt aufzuräumen, stellte sich SP-Stadträtin Esther Maurer damals hinter ihre «Mannen», obwohl sich keiner der gegen Eldar S. erhobenen Verdachte als wahr erwies. Viele dieser schlimmen Fälle sind von der Menschenrechtsgruppe Augenauf (www.augenauf.ch) akribisch dokumentiert worden.

Diese Ausgabe #21 von antidotincl. wird herausgegeben vom Verein antidot // AUFLAGE 18 500 Exemplare
REDAKTION: Reto Plattner/Mischa Brutschin/Alois Hinterfuhren // COLLAGEN UND LAYOUT: Pänther Command
COLLAGEN MIT BILDERN VON: Multimedia Photoscene AG, aurka.com und viele andere // DRUCK: St. Galler Tagblatt AG
KONTAKT: redaktion@antidotincl.ch, Verein antidot, Postfach 8616, 8036 Zürich

Wir verwenden in dieser Zeitung den «Gender-Stern» (Herausgeber*innen), um eine konsequent geschlechtsneutrale Sprache umzusetzen.

Wir danken der WOZ für ihre Unterstützung!

DIE MACHT EROBERN ...

... oder von der Macht erobert werden? Seit 25 Jahren ist das Stadtzürcher Polizeidepartement in linken Händen. Was hat's gebracht?

Bürgerliche Polizeidirektoren haben es einfach: Sie können sich problemlos mit der Polizei identifizieren. Es ist ihre Polizei, die ihre Ordnung verteidigt und sichert gegen vermeintliche und wirkliche Kriminelle, gegen «ungebührliches Verhalten», gegen «Saubannerzüge». Martialische Polizeieinsätze gegen Demonstrationen oder die Vertreibung unliebsamer «Szenen» aus dem Stadtbild mögen zwar empörte Reaktionen bei den Betroffenen und im schwindenden liberalen Teil der Öffentlichkeit hervorrufen. Für bürgerliche Polizeidirektoren boten und bieten sie jedoch gleichzeitig die



1991 Der Bundesrat entwirft das Dreikreismodell, eine Dreigliederung der Zulassungsbestimmungen. Der erste Kreis priorisiert die EG- und EFTA-Staaten, der zweite setzt den Fokus auf hoch qualifizierte Arbeitskräfte aus den USA, Kanada, Australien und Neuseeland. Zum dritten Kreis gehören alle übrigen Staaten, aus denen grundsätzlich keine Arbeitnehmer*innen mehr eingestellt werden, es bleibt nur die Asylgesuchstellung.

Gelegenheit, die eigene politische Klientel zu bedienen und mit den Mitteln der staatlichen Gewalt ein Stück Wahlkampf zu betreiben. In Zürich konnte sich Stadtrat Hans Frick (LdU) zwei Jahrzehnte lang in dieser Rolle wohlfühlen. Der Mann, der als Linkenhasser verschrien war, leitete von 1970 bis 1990 das Polizeidepartement der grössten Schweizer Stadt.

Was aber können – und wollen – Linke an der Spitze dieses Departements ausrichten? Sollen sie sich überhaupt in die politische Führung einer Institution aufschwingen, die nicht die ihre ist? Zumindest die Antwort auf die zweite Frage war für Koni Löpfe immer klar. Als die Linke 1990 die Wahlen in Zürich gewann, gehörte der Journalist, der von 1991 bis 2009 die Stadtzürcher SP präsidierte, zu jener Gruppe von Sozialdemokrat*innen, die sich ohne Wenn und Aber für die Über-

nahme des Polizeidepartements einsetzte: «Die Querschnittsdepartemente Polizei und Finanzen gehören der stärksten Partei. Und das war die SP.» Das sei für ihn das ausschlaggebende Kriterium gewesen, auch wenn er «privat» ein paar politische Erwartungen mehr hatte – etwa, dass sich in Bezug auf den Umgang mit Demonstrationen etwas ändere.

Im neunköpfigen Stadtrat hatte die SP 1990 drei Sitze erobert, zwei weitere entfielen auf ehemalige, nun parteilose Sozialdemokrat*innen (Emilie Lieberherr und Jürg Kaufmann). Im Gemeinderat (Parlament) konnte die Linke zwar nur 1990 und 2006 eine Mehrheit erreichen, in der Exekutive aber hat sie diese bis heute inne. Die SP blieb dort auch stärkste Partei. Sie besetzte das Polizeidepartement zunächst mit Robert Neukomm und ab 1998 mit Esther Maurer. 2002 soll die Partei angeblich sogar bereit gewesen sein, das Finanzdepartement zu opfern, um das Polizeidepartement zu behalten. Im allseitigen Spagat zwischen linker Kritik, auch aus den Reihen der eigenen Partei, bürgerlichen Forderungen nach mehr «Sicherheit» und einem Apparat, über den sie nicht wirklich verfügen konnten, war den Sozialdemokrat*innen 2010 offensichtlich die Lust an der Polizei vergangen. Das Polizeidepartement ging nun an den Grünen Daniel Leupi und drei Jahre später an Richard Wolf von der Alternativen Liste.

Ein Rückblick auf einige zentrale polizei-politische Fragen der letzten 25 Jahre zeigt, dass die Schwierigkeiten des oder der linken Polizeivorsteher*in sich keineswegs nur auf die Frage reduzieren lassen, ob sie denn nun Teil des politischen Establishments oder wirkliche Linke sind.

Von den Fichen zu den Daten

Im November 1989 legte die Parlamentarische Untersuchungskommission über das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement ihren Bericht vor. Der Fichenskanal schlug hohe Wellen, aber nicht nur auf eidgenössischer Ebene, sondern auch in Zürich. Der Gemeinderat setzte eine eigene Untersuchungskommission ein, die 1991 einen noch heute lesenswerten Bericht über den Staatsschutz in der Stadt Zürich präsentierte. Er beleuchtete den Wandel der Bedrohungsbilder, die überwachten Organisationen, die Beschaffung von Informationen insbesondere durch Telefonkontrollen, die diversen Formen der

Infiltration und schliesslich die Verwendung der Informationen zum Beispiel für Berufsverbote.

Das für die politische Polizei zuständige Kriminalkommissariat, das KK III, wurde als Struktur aufgelöst – mit dem personalpolitischen Kompromiss, keine Entlassungen vorzunehmen. Übrig blieb in der Stadtpolizei die frühere Fachgruppe 2, die für die Überwachung des lokalen «Linksextremismus» zuständig war. Aus ihr wurde nun der Sicherheits- und Informationsdienst (SiDi). Der Gemeinderat verabschiedete zwar die Anträge der Kommission. Eine ihrer wesentlichen Forderungen wurde jedoch nie erfüllt, nämlich die Einrichtung einer «ständigen gemeinderätlichen Kommission, die über die Kompetenzen einer Untersuchungskommission verfügt». Statt ein tatsächlich mächtiges Kontrollinstrument zu schaffen, begnügte man sich mit einer «Subkommission Daten» der Geschäftsprüfungskommission (GPK). «Die GPK ist ein zahnloses Gremium», kommentiert AL-Gemeinderat Niklaus Scherr, einer der Verfasser des Berichts. «Die machen einmal im Jahr so eine Art Bürogespräch und das war's.» Dabei wäre ein wirkliches Kontrollinstrument nötiger denn je.

Die Zeit der papierernen Fichen ging in den 1990er-Jahren zu Ende – und das nicht nur bei der Bundespolizei und auch nicht nur im engeren Staatsschutzbereich. Spätestens mit dem Computersystem Polis war sie auch bei Kantons- und Stadtpolizei Zürich, die das System gemeinsam betreiben, vorbei. 2006 enthielt Polis Daten über 900 000 Personen, derzeit ist man bei etwa 1,5 Millionen angelangt. Erfasst werden praktisch alle Personen, die in irgendeiner Form mit der Polizei in Kontakt kommen – sei es als Beschuldigte, als Zeug*innen, Anzeigerstatter*innen oder auch nur, weil sie polizeilich «angehalten» wurden. Auch bei Verfahrenseinstellungen und Freisprüchen werden die Betroffenen nicht automatisch aus der Datei gelöscht. «Wenn die Polizei die Teilnehmer*innen einer unbewilligten Demo oder wie im Februar dieses Jahres 800 Fussballfans einkesselt und ihre Personalien erfasst, kommen da schnell mal ein paar Hundert neue Datensätze zusammen», kommentiert Scherr. Abrufbar sind die Daten von allen Kantons- und Stadtpolizist*innen – mehr und mehr auch mobil via Smartphone oder Tablet.

Polis stellt im Wesentlichen eine Errungenschaft des gesamten Kantons dar. Die Stadtpolizei verfolgte – unterstützt von der Polizeivorsteherin – aber auch eigene problematische Datenbankprojekte: Während der Bund pünktlich zur Fussball-Europameisterschaft 2008 die Datenbank



FEBRUAR: Räumung der offenen Drogenszene am Platzspitz.

FEBRUAR: Interview mit Polizeivorstand Robert Neukomm. Drogenhandel, die angebliche Unmöglichkeit, Drogenhändler zu verfolgen, etc. kommt darin nicht vor.

MAI: Robert Neukomm erklärt ausländische «Drogenbanden» und den Mangel an Gefängnisplätzen zum Hauptproblem und verlangt die «Internierung» von Asylbewerbern, die mit Drogen handeln (oder dessen beschuldigt werden).

OKTOBER: Revision des Sexualstrafrechts: das Kuppeleiverbot wird aufgehoben, die strafrechtliche Gleichbehandlung von hetero- und homosexuellen Verhaltensweisen eingeführt.

Hoogan in Betrieb nahm, brauchte die Stapo für ihre eigene «Hooligandatenbank» Gamma etwas länger. Die Stimmungsmache gegen Fussballfans sorgte zwar dafür, dass das System 2009 in der städtischen Volksabstimmung haushoch angenommen wurde. Nach kurzer Laufzeit beschloss der Gemeinderat jedoch die Einstellung des Projekts.

Die grundsätzliche Auseinandersetzung um Polis ist gelaufen. Das heisst aber nicht, dass Einschränkungen der Datensammelerei nicht möglich wären. In den «Strategieplänen», die das Polizeidepartement jährlich erneuert, sucht man den Datenschutz oder gar den Versuch, ein Konzept der Datensparsamkeit zu entwickeln, vergeblich.

Demonstrationen: Pragmatismus und Gummigeschosse

«Noch in den 1990er-Jahren musste Neukomm nach dem 1. Mai regelmässig in jeder SP-Sektion antanzen und die Vorgehensweise der Polizei rechtfertigen», sagt Koni Löpfe. Grund dafür gab es genug: 1996 griff die Polizei das 1. Mai-Fest mit Tränengas an. Der umfangreiche GPK-Bericht kam neun Monate später und blieb folgenlos. Auch in den 2000er-Jahren gab es unverhältnismässige Einsätze gegen Demonstrationen. Am 1. Mai 2001 sorgten Gummigeschosse der Stapo für sechs Augenverletzungen. Nach dem 1. Mai 2002 forderte die Juso den Rücktritt Esther Maurers.

Mittlerweile sei die Polizei «professioneller und zurückhaltender» geworden,

findet Koni Löpfe. Was den 1. Mai betrifft, meint auch Walter Angst (AL), einer der Architekten des Wahlerfolges von Richard Wolff, dass sich die Situation verbessert habe. Dank der Tatsache, dass es weiterhin eine Stadtpolizei gebe, sei der Weg für «vernünftige Absprachen» und «pragmatische Lösungen» jeweils möglich. Zwischenzeitlich toleriere die Stadtpolizei auch unbewilligte Demos oder stelle vor Ort Ad-hoc-Bewilligungen aus, erklärt Scherr. Das Vorgehen der Polizei hänge in starkem Masse von den «zivilen Frontleuten» ab. Paradoxerweise hätten die im SiDi versammelten ehemaligen «Linksextremismus»-Spezialisten des KK III für realistischere Einschätzungen und ein besonnenes Agieren der Polizei gesorgt. Der SiDi sei jedoch mit der «Fachgruppe Hooliganismus» zusammengelegt worden, die das neue Feindbild der Fanszene verinnerlicht hätten und auch bei Demonstrationen auf Nulltoleranz geeicht seien.

In den neueren «Strategieplänen» des Polizeidepartements finden sich zwar Ausführungen zu «Sport ohne Gewalt», was vor allem Fussball ohne «Pyros» bedeutet. Enttäuscht wird jedoch, wer dort zumindest ein Lippenbekenntnis zum Grundrecht der Versammlungsfreiheit sucht, immerhin ein zentrales politisches Grundrecht. Eine Reflexion über die Minimierung von Tränengas- und Gummigeschosseinsätzen findet ebenso wenig statt.

Von der Drogenbekämpfung zur Stadtbildpflege

«Bitte rufen Sie die Polizei nicht an, wenn Sie das Gefühl haben, ein Fixer oder ein Dealer werde zu hart angefasst.» Im Januar 1995, während der Räumung der offenen Drogenszene am Letten, versuchte die Stadtpolizei mit dieser telefonischen Ansage Verständnis für alle möglichen Übergriffe zu heischen. Stadtrat Robert Neukomm wollte dazu keine Stellung nehmen. Ein SP-Polizeivorstand, der zu dieser Praxis schweige, «ist nicht mehr SP, sondern nur noch Polizeivorstand», kommentierte Johannes Wartenweiler seinerzeit in der WOZ (Nr. 3/1995).

Die Letten-Räumung brachte zwar den Durchbruch für die Heroin-Abgabe, aber auch für massive Polizeikontrollen, mit denen die Polizei die Wiederentstehung einer offenen Drogenszene zu verhindern suchte. Mit dem Ergebnis dieses Vorgehens ist Koni Löpfe durchaus zufrieden. Das Drogenproblem sei zwar nicht verschwunden, stelle aber heute kaum mehr ein polizeiliches Problem dar. «Heute kann ungeniert mit Drogen gehandelt werden, vorausgesetzt man sieht es nicht.» Aus den Augen, aus dem Sinn?

Die Strategie, gesellschaftliche Probleme samt der zugehörigen Gruppen aus dem öffentlichen Raum zu verbannen, blieb eine polizeiliche Vorgehensweise. Systematische Kontrollen sind dafür nur eine Methode. Betrieben werden sie in den meisten Fällen vom «Brennpunkt», jener Polizeieinheit, die nach der Letten-Schliessung 1995 unter dem Namen «Turicum»

gegründet wurde und deren uniformierter Teil bis heute im Kastenwagen und in Viererbesetzung die angeblich gefährlichen Gebiete der Stadt bestreift.

Die Kontrollpraxis war gleichzeitig die Vorstufe der Wegweisungen, einer Befugnis, die in Zürich erst vergleichsweise spät rechtlich fixiert wurde. 2005 hatte sich Polizeivorsteherin Esther Maurer zunächst vergeblich um deren Legalisierung in der städtischen Allgemeinen Polizeiverordnung bemüht. Zwei Jahre später lieferte der Kanton mit dem neuen Polizeigesetz die Rechtsgrundlage für die umstrittene Befugnis. Dass nicht nur die AL, die Grünen, die Juso und die Demokratischen Jurist*innen das Referendum dagegen unterstützten, sondern schliesslich selbst die SP, brachte die Polizeivorsteherin in Rage. Das Referendum scheiterte erwartungsgemäss – auch in der Stadt.

2011 und 2012 verhängte die Stadtpolizei jeweils über 5000 Wegweisungen – wegen Betäubungsmitteln, wegen «Szenebildung», wegen Prostitution, wegen Alkohol, wegen Bettelei. 2013 ordnete Maurers Nachfolger Leupi eine Evaluation an. Die Wegweisungen sanken daraufhin immerhin um die Hälfte – einerseits, weil die Polizei aufgrund einer neuerlichen Änderung des Polizeigesetzes wieder Scheinkäufe im Drogenmilieu anbahnen konnte, andererseits, weil sie mehr und mehr auf informelle, kurzfristige «Platzanweisungen» zurückgegriffen hat.

Fest verankert ist mittlerweile auch die präventive «Polizeiphilosophie», die hinter der Wegweisungspraxis steckt. Ein Blick auf die neueren «Strategiepläne» des Departements zeigt, dass sich auch die Polizeivorsteher von den Grünen und der AL dieser Ideologie nicht entziehen konnten. Das Programm eines Community Policing, das Stadtpolizei und Polizeivorstand seit Jahren vor sich hertragen, überdeckt, dass die nicht-institutionalisierten und die an den Rand gedrängten Interessen der städtischen «Community» sich nicht durchsetzen können gegen die Interessen der Wohlhabenden und Wohlstandigen. Das Gerede von der 24-Stunden-Gesellschaft und den «Nutzungskonflikten» im öffentlichen Raum verschleiern, dass die Nutzer*innen dieses Raumes keineswegs gleich an Rechten und an Macht sind. Die Polizei entwickelt sich zur gewaltsamen Vollzugsinstanz der Gentrifizierung.

Polizeivorstand oder «Polizeitaucher»?

Bei aller Zufriedenheit mit der angeblich «professionelleren und zurückhaltenderen Polizei» ist Löpfe sich über den engen Spielraum der Polizeivorsteher*innen im Klaren: «Da ist sehr viel schon vorgegeben.» Selbst in der Personalpolitik: Der Polizeivorstand ist unmittelbar zuständig für die Anstellung der obersten Kaderleute der Polizei und kann dem Stadtrat den Kommandanten und seinen Stellvertreter zur Wahl vorschlagen. «Der Kommandant ist aber nicht einfach ein Untergebener. Er führt die Polizei und hat damit praktisch mehr zu sagen als der Stadtrat.» Die Ins-

titution Polizei konnte in den vergangenen 25 Jahren ihre Entwicklung weitgehend selbst bestimmen. Obwohl die linken Polizeivorstände nur wenig Einfluss auf das konkrete Vorgehen oder die Projekte «ihrer» Polizei hatten, standen sie immer wieder unter Druck, sich hinter «ihre» Leute zu stellen. Oder sie hüllten sich in Schweigen, wie Neukomm 1995 oder Esther Maurer in den 2000er-Jahren – ein Verhalten, das ihr in der WOZ den Titel der «Polizeitaucherin» bescherte.

Die Selbstverständlichkeit, mit der die SP 1990 das Polizeidepartement für sich reklamierte, ist bei der Linken insgesamt verfliegen. Nach der Ära Maurer sind die Sozialdemokrat*innen heilfroh, das ungeliebte Amt los zu sein. AL-Stadtrat Wolff hatte 2013 keine andere Wahl, als in den sauren Polizeiapfel zu beissen. Die erfolgreiche Wahl in die Exekutive führte die AL fast automatisch in die Zwickmühle. Eine Partei, die über Jahre hinweg linke Polizeikritik betrieben hat, die unter anderem das Referendum gegen das kantonale Polizeigesetz ergriff, zeichnet nun verantwortlich für die Polizei und die Anwendung dieses Gesetzes. Ihr Vertreter steht nun zwar einem Schlüsseldepartement vor – schliesslich geht es um den städtischen Teil des staatlichen Gewaltmonopols. Die Frage ist allerdings, was er in diesem Departement bewegen kann.

Ob SP, Grüne oder AL – die linken Parteien taten und tun ihren Stadträten keinen Gefallen, wenn sie die Kritik an der Polizei und dem Polizeivorstand zu beschwichtigen versuchen oder nur im abgeschirmten, internen Rahmen zulassen. Was es braucht, ist vielmehr eine informierte und offene Diskussion, nicht nur über einzelne spektakuläre Einsätze oder Übergriffe, sondern auch über die Polizei als Institution, über einen «Strategieplan» von aussen, der sich an den Grundrechten orientiert und darauf beharrt, dass Polizei im Kern eine gewaltsame Angelegenheit ist und daher nur eine Notlösung sein darf, die sich ständig rechtfertigen muss.

Die Zürcher Linke hat dabei den Vorteil, dass sie ihre Forderungen gegenüber einer städtischen Polizei formulieren kann und nicht nur gegenüber einem Kanton, in dem sie auf lange Sicht in der Minderheit ist. Den Posten des Polizeivorstands von links zu besetzen, reicht jedenfalls nicht. Wer sich darauf beschränkt, wird von der Macht erobert.

Heiner Busch

Heiner Busch arbeitet bei Solidarité sans frontières, schreibt für die WOZ und ist Mitherausgeber der in Berlin erscheinenden Zeitschrift «Bürgerrechte & Polizei/CILIP» (www.cilip.de)



DIE INSTALLATION DER ANGST

Heute äussern linke Zürcher Stadträte ihr Bedauern darüber, dass Migrant*innen wegen ungenügender Aufenthaltsbewilligung kontrolliert, verhaftet und eingesperrt werden. Tatsächlich ist mit der Erfindung des kriminellen Asylanten und der Einführung der Zwangsmassnahmen der Boden für rassistische Kontrollen geschaffen worden. Aktivist*innen erzählen.

Mit der Einführung der Zwangsmassnahmen hat die Polizei den Auftrag erhalten, nach Menschen auszusuchen, die über ungenügende Ausweispapiere verfügen. In Zürich macht sie das besonders rigoros. Logisch, denn schliesslich waren es auch die Stadträte der Zürcher SP, welche sich anfangs der 1990er-Jahre vehement beim Bund dafür stark machten, dass sie eine gesetzliche Grundlage erhielten, um Ausländer*innen alleine wegen ungenügender Aufenthaltsbewilligung verhaften und einsperren zu können (siehe Text «Die Erfindung des ausländischen Drogenhändlers» →S. 12). Mit der Propagierung des kriminellen Ausländers nahmen ab Mitte der 1990er-Jahre die Verhaftungen und Ausschaffungen von Flüchtlingen massiv zu – oft begleitet von unangemessener Gewalt der Vollzugsorgane. Anfangs des 21. Jahrhunderts begann sich der mediale Fokus der Repression auf andere Gruppen auszurichten (siehe Text «Einfach nur urbaner?» →S. 18 und Text «Sicherheit und Sauberkeit» →S. 9). Ab 2007 nahmen die Kontrollen und Verhaftungen wegen dem sogenannten illegalen Aufenthalt wieder zu.

Migrant*innen, die gefilzt werden und mit ausgestreckten Armen an der Wand stehen, gehören seither wieder zum Stadtbild. Weit verbreitet ist inzwischen die Ansicht, dass die Polizei schon weiss, was sie tut. 2014 gab es 30000 Kontrollen auf Stadtzürcher Gebiet. Und das sind nur jene, die registriert wurden, das heisst, bei denen die Person mitgenommen und ein Protokoll erstellt wurde. Die Zahl der tatsächlichen Kontrollen dürfte um ein Mehrfaches höher sein.

Am 8. April 2015 demonstrierten die Aktivist*innen der Autonomen Schule Zürich ASZ (www.bildung-fuer-alle.ch) mit einer Menschenkette vor ihrem Schulgebäude gegen die steigende Polizeipräsenz und die Kontrollen von Kursteilnehmer*innen. Diese fanden an der nahegelegenen Tramstation statt oder direkt am Eingang der Schule.

Auch gegen die grundlose Verhaftung eines ASZ-Aktivisten in der Bibliothek der Schule wurde protestiert. Obwohl Polizeivorsteher Wolff in einem detaillierten Brief die Umstände der Verhaftung geschildert wurden, stellte er sich kritisch hinter die Version seiner Beamten. In einer Medienmitteilung vom 1. Oktober

2015 stellt sich das Kommando der Stadtpolizei erneut hinter seine Polizist*innen: Es werde auch im Falle der ASZ nur kontrolliert, wenn es konkrete Hinweise auf ein Delikt gebe. Mit dem Verdacht des illegalen Aufenthalts lassen sich Befragungen aller Menschen legitimieren, die nicht dem weissen, mitteleuropäischen Standard entsprechen. Was demokratisch abgesegnet ist, gilt es zu respektieren, auch wenn es rassistisch ist.

Das heute gültige Zwei-Kreise-Modell des Bundesrates und die im Februar 2014 angenommene Zuwanderungsinitiative der SVP bilden weitere Grundpfeiler einer latent rassistischen Politik und Denkweise. Das System institutioneller Gewalt manifestiert sich in der Art, wie Asylzentren geführt, wie Kontrollen, Inhaftierung und Ausschaffungen von der schweigenden Mehrheit nicht nur hingenommen, sondern toleriert, wenn nicht sogar begrüsst werden.

Polizeikontrollen bei der ASZ

Für dieses Antidot haben wir mit mehreren Aktivist*innen der ASZ darüber gesprochen, wie sie die Polizeikontrollen erleben.

Was denkt ihr über Kontrollen und die starke Polizeipräsenz?

Harika: Wenn sie nur die Ausländer kontrollieren, dann gehört die Kriminalität zu uns.

Behranu: Die Politiker wollen im Amt bleiben, deshalb schweigen sie, die tägliche Arbeit wird zwei bis drei Stufen unter ihnen umgesetzt. Sie haben alle Informationen, wer wo wohnt. Wenn sie jemanden kontrollieren wollen, können sie das jederzeit. Sie können anrufen und sagen, komm zu uns.

Shükran: Je nach politischen Interessen werden Kontrollen verschärft oder reduziert.

Könnte die Polizei etwas dagegen unternehmen?

Harika: Sie könnten schon etwas ändern, indem sie Leitplanken setzen könnten, zum Beispiel nur noch 3000 Kontrollen pro Jahr. Sie setzen um, was ihre Wähler*innen wollen, da können wir ansetzen.

Shükran: Die Polizei ist nur ein Arm des existierenden Systems, das sie

umsetzen müssen. Wenn sie zu viel Macht bekommen, keine Konsequenzen befürchten müssen, wenn sie Leute ungerecht behandeln, dann geht das einfach so weiter.

Wie reagiert die Bevölkerung auf die Kontrollen?

Shükran: Mittlerweile ist das selbstverständlich. Jetzt denken die Leute, die Polizei macht ihre Aufgabe, oder ich will davon nichts wissen – dieses «drei Affen spielen». Jetzt merke ich auch, es ist wie eine Stigmatisierung, wir haben verinnerlicht, uns daran gewöhnt, wie bei den Billettkontrollen, früher war das empörend, ungewöhnlich, heute ist es Aufgabe der Polizei, gehört zum Tag. Die Bevölkerung und die Betroffenen haben das akzeptiert. Das spüre ich: wir sind mitellos. Also wird uns unterstellt, Ausländer klauen, um die Klasse überspringen zu können. Ich habe einmal gehört, dass anders aussehende Asylsuchende nicht in Gruppen laufen sollten, das ist wie eine Provokation der Bevölkerung. Löst Angst aus. Bei den Frauen hat man auch gesagt, anstatt die Männer zu erziehen, dass sie nicht in der Nacht unterwegs sein und keine Unterführungen benutzen sollen.

Harika: Eine Frage an die Leute, die wählen können: Gefallen euch die Kontrollen? Vielleicht müssten die Kontrollierten auch schreiben, dass es mehr auffällt. Du gehst einkaufen und jemand schreit neben dir. Hat es den Leuten gefallen, als der FCZ-Captain Chikhaoui im Juni dieses Jahres an der Bahnhofstrasse von der Polizei überfallen und zu Boden geschlagen wurde? Die Toleranz ist selbst in diesem krassen Fall hoch. Viele denken, die Polizei hat es sicher richtig gemacht, er ist selber schuld.

Die Schweiz hat anscheinend nur ein Problem: die Ausländer. So kommt es mir auf jeden Fall vor. Keine Schulprobleme, keine Familienprobleme, keine Geldprobleme. Aber in meinem Land (der Türkei) ist die Schweizer Politik sehr wohl ein Problem. Der von den Europäern gelebte Kolonialismus, das kapitalistische System und die grossen Firmen. Die vom Westen ausgehende Kriegsmentalität – diese Probleme haben wir. Nicht nur in der Türkei, in vielen Ländern. Die Schweiz profitiert von unseren Ländern, aber trotzdem dürfen wir nicht in die Schweiz kommen und überleben, sondern sollen bleiben, wo wir sind und wegen ihrer Politik sterben.



Die Gesprächspartner*innen für einmal vor der Hauptwache «Urania» der Stadtpolizei Zürich. Foto: zvg

Abed, du wirst immer wieder grundlos kontrolliert, wie geht es dir dabei?

Sie versuchen unseren Charakter zu brechen, damit wir eingeschüchtert sind, uns isoliert fühlen. Den ganzen Tag frag mich: «Weshalb haben sie mich das gefragt, was wollten sie damit sagen?» Das ist demütigend, ohne Grund die anderen Menschen verletzen. Einmal hat mir ein Polizist gesagt: «Ja, ich demütige dich extra, schau da, du kannst meinen Namen aufschreiben.» Das war vor weniger als einem Jahr im Hauptbahnhof.

Sie versuchen einfach, mich zu ärgern, dass ich mich wehre, sie schubse. Eine Polizistin hat mich im Bahnhof Winterthur nach all den Fragen nach Drogen und Waffen mal gefragt: «Findest du, wir sind Rassisten?» Sie wollte, dass ich sage, sie seien Rassisten, damit sie etwas gegen mich in den Händen haben. Sie verletzen mich mit Worten und hoffen, dass ich sie als Rassisten bezeichne und sie eine Beschwerde gegen mich machen können.

Egal wo und wann, ich weiss, sie werden mich grundlos kontrollieren, nicht

mit Respekt behandeln. Sondern unverdaut ihre Vorurteile auf mich loslassen. Sie haben grünes Licht, sie dürfen, in aller Öffentlichkeit, egal wo. Es wird gedeckt von der Grundstimmung in der Schweiz. Das ist in den Medien kaum ein Thema, aber wir bekommen es zu spüren.

Wenn die Polizei an einem Ort steht, nehme ich einen anderen Weg. Wenn die Polizei mich trifft, werde ich sofort mit demütigenden Fragen kontrolliert, gleich wie vor fünf, sechs Jahren. Damals konnte ich mich nicht verbal verteidigen. Die Polizei erlaubt sich mehr, wenn ich nicht spreche, mich nicht verteidige. Wenn du dich wehrst, verändert es dich, du hast mehr Mut, ich bin stärker, weil ich keinen Grund habe, mich demütigen zu lassen. Meine Augen sind offener geworden, ich habe mehr Informationen.

Demütigend ist, ich habe nichts gemacht, sie dürfen mich einfach anhalten, demütigende Fragen stellen: Was machst du in der Schweiz? Warum gehst du nicht zurück? Wo sind deine Drogen? Wo sind deine Waffen? Ohne konkreten Grund. Das ist nicht die Aufgabe der Poli-

zei, das ist die Aufgabe der Gerichte. Die entscheiden über mich.

Wenn du dich verbal wehrst, hast du dann nicht mehr Probleme?

Heute kann ich mich verteidigen und am Schluss sind die Polizisten gegangen. Sie haben mir nicht mehr auf meine Fragen geantwortet, wollten nicht mehr diskutieren. Sie haben gemacht, was sie wollten, ihre demütigenden Fragen gestellt, nichts gefunden. Sie wussten, dass sie verloren haben und mich nicht mitnehmen können. Dann stehe ich da und frage: «Hey, warum hast du

1993

FEBRUAR: Städtischer Erlass «Vorschriften über Strassenprostitution»: Definition von zwölf Strichzonen.

NOVEMBER: Die spektakulärste Räumung eines besetzten Hauses in der Schweizer Geschichte: u.a. mit Helikopterunterstützung und Antiterrortruppen wird das Wohlgroth-Areal beim Hauptbahnhof geräumt. (Bild → S. 26)



Die Stadtpolizei Zürich kauft sich für CHF 700000 ein «Video-Bildsystem» von Sony: Über einen «Laser Videodisc Recorder, -Processor und -Player» (= Computer) können Karten-Ausschnitte der Stadt Zürich angezeigt werden. Von der Zentrale aus können den Beamt*innen im Einsatz Details (z. B. Hausnummern) der Örtlichkeit übermittelt werden. (Der Online-Kartendienst Google Maps wurde am 8. Februar 2005 lanciert.)

AUGUST: In kurzer Folge werden drei Menschen auf dem Zürcher Lettenareal erschossen. Die Ermittlungen richten sich sofort und ausschliesslich auf eine angebliche «Abrechnung unter Drogenhändlern» («Drogenkrieg»). Später wird zwar ein Tunesier wegen einer der Morde verurteilt. Doch der begründete Verdacht, dass die Morde mit einer Schweizer Armee-Waffe von der Kornhausbrücke herab ausgeführt wurden, bleibt bis heute bestehen. (Siehe: Fredi Lerch: Der Sündenbock vom Letten. WOZ 20/1997)

SEPTEMBER: Das Zürcher Stimmvolk bewilligt das «provisorische Polizeigefängnis» auf dem Kasernen-Areal.

NOVEMBER: Der erste Versuch für kontrollierte Heroinabgabe in Zürich beginnt. Im Laufe der Zeit wird die Heroinabgabe institutionalisiert.

DEZEMBER: Eidg. Abstimmung über die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht. Diese werden im Februar 1995 eingeführt.

Mittwoch, 8. April 2015, 14 Uhr: Menschenkette gegen rassistische Polizeikontrollen bei der ASZ. Foto: ASZ



das gemacht?» Aber sie können nicht mehr bleiben, zehn Minuten, eine halbe Stunde, das war genug. Sie haben ihre Aktion gemacht, in aller Öffentlichkeit, vor den Augen aller. Manchmal mit Körperkontrolle.

Wenn sich eine Person einmischen würde, würde dich das stören oder freuen?

Ich wäre froh und glücklich, dass eine zweite Person sich an dieser Diskussion beteiligt, ihre Augen aufmacht und sieht, was diese Polizisten machen. Wenn eine andere Person kommt, gibt mir das mehr Sicherheit. Die Polizisten sind dann vorsichtiger mit dem, was sie sagen. Sie können mich nicht einfach eine halbe Stunde festhalten. Sie werden eher gehen, aber wenn ich alleine bin, dann kann ich mich nicht so gut verteidigen.

Ich will meinen Tag geniessen können, meinen Ideen und Plänen nachgehen und nicht tagelang meinen Kopf besetzt haben mit all den Fragen um die Kontrollen. Das Erlebte verarbeiten und überlegen, was könnte ich das nächste Mal besser sagen, wie könnte ich mich verteidigen, wie könnte ich reagieren.

Beispiel: Festnahme von K.

K und B trafen sich an einem Nachmittag im Frühling per Zufall an einer Tramhaltestelle in Zürich Nord und begrüßten sich. Sofort kamen zwei Zivilpolizisten zu Fuss und verlangten die Ausweise.

Polizist 1: «Sind sie illegal hier?»

K: «Nach meiner Logik ist niemand illegal.»

K zeigt eine Kopie seines Ausländerausweises und erklärt, das Original sei beim Migrationsamt zum Verlängern.

K: «Ich möchte Ihren Ausweis sehen.»

P1: «Ja, ja, ich zeige ihn nachher.» (Den Ausweis zeigte er aber während der ganzen Festnahme nie.)

K: «Was ist das Problem? Warum machen sie das?»

P2: «Ihr seid kriminell! Wir haben Angst vor euch! Wenn Sie nicht kontrolliert werden wollen, warum gehen Sie nicht nach Syrien zum ISIS?»

K: «Ja, ich weiss, dass ist euer Ziel: dass wir zum ISIS gehen und Leute köpfen, damit ihr dann in den Medien zeigen könnt, dass wir alles Terroristen sind. Aber wir machen es nicht.»

P2: «Schauen Sie ihren Kollegen an, der ist ruhig, sie sollten es auch so machen.»

In diesem Moment klingelt K's Telefon, er nimmt es hervor und schaut auf das Display.

P1 schlägt K das Telefon aus der Hand und P2 zieht K sofort Handschellen an.

K und B werden auf den Polizeiposten des Hauptbahnhofs gebracht. Dort werden ihre Sachen in Plastiktüten gepackt, sie müssen sich ausziehen, sie werden im Intimbereich untersucht und es werden ihnen die Fingerabdrücke genommen. Sie werden in separate Zimmer gesperrt.

Nach zwei Stunden wird K zum Verhör geholt. Er weigert sich, Fragen zu beantworten. Er habe keinen Fehler gemacht. Fünf Minuten später heisst es, er solle gehen. Er verlangt die Namen der Polizisten. «Wir geben nie schriftlich einen Namen», sagen sie lachend. K weigert sich zu gehen. Zehn Minuten später kommt ein dritter Polizist: «Sie sind frei, sie müssen jetzt gehen.»

K: «Ja, ich gehe, aber ich brauche die Namen von den beiden Polizisten, weil ich sie anzeigen will.»

P3: «Ja, sie können sie anzeigen, aber sie verlieren Zeit und Geld und können nichts machen.»

K: «Ich weiss nicht, weshalb sie mich festgenommen haben, ich will es wissen.»

P3: «Sie waren am Anfang arrogant und unanständig zu ihnen, und wenn sich jemand so verhält, haben wir das Recht, diese Person mitzunehmen.»

K: «Nein, der Grund war, dass ich mich auf meine Rechte berufen habe. Auch wenn sie mich hundert Mal so verhaften und herbringen, ich will trotzdem immer wissen warum.»

P3: «Wenn jemand keinen Ausweis dabei hat, dann müssen wir ihn mitnehmen zur Identifizierung.»

K: «Ich hatte ja eine Kopie meines Ausweises, den Führerschein, Versicherungskarten und mein SBB-Abo mit Foto.»

P2 (steht jetzt in der Nähe): «Wenn du jetzt nicht gehst, rufe ich einen Arzt, der dich in die Psychiatrische Klinik einweist.» Sie bringen Ks Sachen mit einem Zettel (Inventar), den er hätte unterschreiben sollen, K unterschreibt nicht, weil er nicht weiss, wie viel Geld er genau in seinem Portemonnaie hatte. Darauf wirft P2 seine Sachen vor ihm auf den Boden.

Von den anwesenden Polizisten wies keiner seinen Kollegen zurecht.

Raphael Jakob und Mischa Brutschin

Raphael Jakob und Mischa Brutschin fordern nach wie vor: «Bleiberecht für Alle.»

SICHERHEIT UND SAUBERKEIT

Öffentlicher Raum in der Tradition der protestantischen Puritaner*innen: Bis in die 1980er-Jahre diente die Zürcher Polizei vor allem der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Ihr rüpelhaftes Vorgehen stiess dabei oft auf den Protest breiter Kreise. Heute ist die Polizei eingebettet in ein Heer von Sozialarbeiter*innen, die versuchen, auffälliges Verhalten frühzeitig zu stoppen.



Spätsommer 1991: Montage eines Gitterelementes in der Platzspitzanlage. Foto: Gertrud Vogler

Die Entwicklung der Gassenarbeit lässt sich am besten anhand des Umgangs mit den sozial Marginalisierten dieser Gesellschaft aufzeigen. Die Zagj (Zürcher Arbeitsgemeinschaft für Jugend-

bern bezeichnete den öffentlichen Raum, als einen Ort, an dem nicht-kommerzielle Kultur gelebt werden konnte – mit dem Schwerpunkt auf Musik. Zum Selbstverständnis der Gassenarbeiter*innen gehörte, präsent zu sein, zuzuhören und zuzuschauen. Wichtig war ihnen, Ideen Raum zu geben, sich selber überflüssig zu machen. «Wenn es läuft, geh raus, sonst blockierst du es», war einer ihrer Grundsätze. Die Zagj war in all ihren Projekten anwaltschaftlich tätig und vermied es so weit als möglich zu kontrollieren. Die Kontrollen übernahm die Polizei. In den 1970er- und 1980er-Jahren setzte sie um, was unter der bürgerlichen Ruhe und Ordnung verstanden wurde. Für die Leute auf der Gasse hiess das schon damals Vertreibung und Wegweisung, es waren Auslöser der Jugendbewegung, neben den fehlenden selbstverwalteten Räumen.



FEBRUAR: Gleichzeitige Räumung der offenen Drogenszene am Letten und Eröffnung des provisorischen Polizeigefängnisses (Propog) auf dem Kasernen-Areal. Das Propog sollte nur 5 Jahre bestehen, wird allerdings frühestens 2020 durch ein neues Gefängnis im PJZ ersetzt.

probleme) war seit ihrer Gründung mit Gassenarbeiter*innen in der Szene präsent. Damals war die «Gasse» noch kein Synonym für die Drogenszene, son-

belastet, viele Polizist*innen sagten, das sei nicht ihre Arbeit, Frust breitete sich im Korps aus, die Kündigungen nahmen zu. Im Gegensatz dazu stellte sich die Gassenarbeit der Zagj ganz auf die Seite der Junkies. Diese zwei Pole ermöglichten nur eine geringe Verständigung, beide beriefen sich auf die Grundsätze ihrer Arbeit.

1992: Platzspitzschliessung und Stadthygiene – Was ist nützlich und verträglich für die Stadt?

Die Platzspitzschliessung im Februar 1992 und die Stadthygiene gingen Hand in Hand. Zur Vorbereitung der Vertreibung der offenen Drogenszene schossen in den umliegenden Quartieren und am Hauptbahnhof Gitter wie Pilze aus dem Boden. Die Hinterhöfe wurden abgesperrt und Sitzbänke demonstrieren und durch unbequeme Sitzsteller ersetzt.

Obwohl allen klar war, dass die Vertreibung keine Lösung bringen würde, setzte der Stadtrat unbeirrt auf die flankierenden Massnahmen seiner drei Säulen: Therapie, Repression, Überlebenshilfe. Konkret hiess dies: Schaffung von Gassenzimmern und Fixerräumen, die aber nur Stadtzürcher*innen offen standen. Zur Kontrolle dafür wurde ein brauner Pass abgegeben. Wer keinen besass, wurde von der Polizei verhaftet, ins Rückführungszentrum am Hegibachplatz gebracht und in die Heimatgemeinde zurückschickt. Zur Überlebenshilfe gehörte die Abgabe von Methadon und Heroin in den Gassenzimmern und Fixerräumen. Therapie bestand darin, die Süchtigen zum Entzug zu motivieren, unter anderem, indem sie durch polizeiliche Kontrollen und Verhaftungen aus der sogenannten Anonymität gerissen werden sollten. Dazu gehörten auch die Rückführungen in die Heimatgemeinden.

Bereits am Platzspitz war die Gassenarbeit für die Zagj nur noch beschränkt möglich. Das Ghetto¹ stand dem selbstbestimmten Ansatz der Gassenarbeit diametral entgegen: es zerstört, fördert Machtentfaltung, Leute spielen sich gegenseitig aus. Im Ghetto ist Sozialhilfe nicht möglich, sondern nur Nothilfe. Diese Situation spitzte sich ab Ende 1992 am Letten massiv zu. Die Zagj verweigerte schliesslich die karitative Arbeit am Letten und legte ihr Mandat nieder: «Euren Dreck räumen wir nicht mehr weg, Gassenarbeit ist nicht mehr möglich, das ist nur noch Elendsverwaltung. Wir fühlen uns nur noch als Voyeure.»

In den 1990er-Jahren gab es zunehmend andere private oder städtische Angebote, sodass die Reibungspunkte zwischen der ZAGJP und den Stadtbehörden immer grösseres Gewicht einnahmen. Zusammen mit der Kompromisslosigkeit der ZAGJP folgte im Juni 1998 die Streichung der städtischen Subventionen. Denn die Stadthygiene stand dem emanzipativen Ansatz der ZAGJP diametral entgegen: Säubern, was stört, und institutionell betreuen. Und während die Stadt früher noch auf die ZAGJP angewiesen war (da die Arbeit sonst niemand machen wollte), konnte sie jetzt ausweichen auf Institutionen, die die städtische Drogenpolitik öffentlich unterstützten und mittrugen.

Sommer 2000: Erlaubt ist, was nicht stört

Nach der Räumung des Lettens galt in Zürich die Devise der «Rückeroberung des öffentlichen Raumes». Hinter diesem Schlagwort versteckte sich nichts anderes als die Vertreibung von allem, was von der einheimischen Bevölkerung als störend empfunden wurde.

1998



Esther Maurer (SP) übernimmt das Polizeidepartament, in welchem sie bis 2010 bleibt.

JUNI: Der Gemeinderat

beschliesst, sich nicht mehr weiter an den Projekten der ZAGJP-Gassenarbeit zu beteiligen.

Mit der Schaffung der Abteilung «Sicherheit Intervention Prävention» (sip züri) übernahm das Sozialdepartement zurechtweisende Aufgaben, die vorher zivilgesellschaftlich gelöst wurden, oder vergab sie im Auftragsverhältnis an private Organisationen wie die «Offene Jugendarbeit» (OJA). Mit der sip züri kombinierte die Stadt «ordnungsdienstliche und sozialarbeiterische Interventionen im öffentlichen Raum». So beschloss der Gemeinderat im Jahr 2009 beispielsweise die definitive Einführung der «Task Force ZüriCourage» und erteilte der sip züri den Auftrag, «bei Jugendgewalt und exzessivem Alkoholkonsum im öffentlichen Raum» sowie im Bereich der individuellen Abfallentsorgung zu intervenieren.

«Der linksliberale Stadtrat hat sich ein Instrument für eine Null-Toleranz-Politik geschaffen, ohne dabei offensichtlich autoritär zu wirken. Erst beim zweiten Blick fällt auf, dass die Opfer dieser Kampagne ein weiteres Mal Randgruppen sind, die dem sauberen Selbstbild von Zürich ein Dorn im Auge sind. Zürich will ein urbanes Zentrum, das das Bild der wohlhabenden Schweiz repräsentiert. Darin haben Randgruppen keinen Platz, die nur ein kleines Einkommen haben (Migrantinnen, Alleinerziehende, Familien, Arbeitslose, Jugendliche) und sich keine schicke Loft in einem «Aufwertungs-Neubau» leisten können.» (Auszug aus einem Flugblatt zu «Reclaim the Street» vom 31. August 2002)

Trotz den zahlreichen Protesten und punktuellen Widerstand sind die Kampagnenziele von 2001 heute Bestandteil des gesellschaftlichen Denkens. Die städtische Gassenarbeit sorgt sich heute vor allem darum, dass Regeln möglichst schmerzlos eingehalten werden. Bei Nicht-Befolgen der sip-Ratschläge kommt der grosse Bruder – die Polizei. Gesellschaftliches Fehlverhalten im öffentlichen Raum wird immer schneller mit temporärem Wegschliessen sanktioniert. Damit es in der Stadt so schön ist wie zuhause.

Die Maxime der Sozialraumorientierung tönt im Ansatz ganz schön: Schau in die Quartiere raus, sitz nicht nur im Büro. Die Prinzipien: Orientierung am Willen der Menschen, Unterstützung von Eigeninitiative und Selbsthilfe, Konzentration auf die Ressourcen (der Menschen und des Sozialraumes), zielgruppen- und bereichsübergreifende Sichtweise sowie Kooperation und Koordination. Die Stadt soll ein Raum sein, in dem alle Platz haben.

Doch im Alltag setzt(e) sich oft die regulierende Variante durch: «Wir reden mit dir, bevor wir zuschlagen. Da hast du die Bandbreite, in der du dich bewegen kannst. Wenn du diese Grenzen überschreitest, verfügen wir über eine breite Palette verschiedener Interventionstruppen, die entsprechend reagieren werden. In der regulierten Partystadt Zureich kannst du nichts mehr unbeaufsichtigt machen, alles fällt auf, du hast keinen nicht-kommerziellen Raum, wohin du dich zurückziehen und entfalten könntest, ohne als störend und irritierend empfunden zu werden.»

Das ist ein Rückfall in die puritanische Stimmung der 1960er-, 1970er-Jahre. Dazu gehört auch die Grundstimmung, dass alle Sozialhilfebezügler*innen in erster Linie als verdächtig gelten. Es ist an ihnen zu beweisen, dass sie keine Sozialschmarotzer*innen sind. Sozialdetektive sind unterwegs und animieren zur Denunziation.

WEM GEHÖRT DER ÖFFENTLICHE RAUM?

«Wenn es Personengruppen verboten wird, sich in einem bestimmten Teil des öffentlichen Raums aufzuhalten, wird das längerfristig zu einer Veränderung des Charakters dieses Raums führen.

Um eine politische Rolle spielen zu können, muss eine Personengruppe im öffentlichen Raum repräsentiert sein. Wenn man gewisse Gruppen nicht mehr zu Gesicht bekommt, nicht mit ihnen konfrontiert wird, kommen sie auch nicht in der eigenen «mental map» vor, und dadurch werden sie letztlich politisch nicht mehr berücksichtigt.

In einem liberalen Rechtsstaat gibt es im öffentlichen Raum kein Recht darauf, nicht Anstoss nehmen zu müssen am Verhalten oder der Präsenz anderer Leute. Es gibt kein Recht darauf, sich nicht gestört zu fühlen, wenn man durch den Bahnhof geht.» (Daniel Moeckli WOZ 14. 8. 2014)

Der protestantische Arbeitsethos innerhalb der SP und der Grünen setzt sich durch: «Arbeit statt Fürsorge.» Im aktivierenden Sozialstaat sind soziale Leistungsbeziehende Erwerbslose verpflichtet, für die finanzielle Unterstützung eine Gegenleistung zu erbringen. Die mit den Massnahmen zusammenhängenden finanziellen Kürzungen sowie die Verschärfung der Bezugsbedingungen sollen unter anderem die Erwerbslosen motivieren, ihre Situation aktiv zu verändern. Das Ausbezahlen des sozialen Existenzminimums wird an ein bestimmtes Verhalten von Betroffenen geknüpft. Die Aktivierungspolitik im Sozialstaat unterstellt somit den Betroffenen Passivität; die Verantwortung für die gesellschaftliche Position der Einzelnen wird individualisiert. Der Soziologe Peter Schallberger, Professor an der Fachhochschule St. Gallen, beschreibt die auf diese Art verrichtete Arbeit als formell unfrei beschäftigte und staatlich subventionierte Billig Arbeitskraft.

Nicht zuletzt tragen die Arbeitsintegrationsprogramme auch zur Stadthygiene bei: Wer für ein bisschen Sozialhilfe in einem Beschäftigungsprogramm steckt, kann nicht mehr auf der Strasse rumlungern.

2008 : Sicherheit Intervention Prävention (sip züri)

2008 erhielt die sip züri mehr Mittel und damit mehr Macht. Bis zu diesem Zeitpunkt glichen sie eher hilflosen Sozialarbeiter*innen, die keinen Zugang zu ihren «Klient*innen» fanden. Ihre einzige Drohung bestand darin, die Polizei zu rufen. Dies war ihrem Ruf als Gassenarbeiter*innen nicht gerade förderlich. Doch ab 2008 begannen die verschiedenen Repressionsmittel besser ineinanderzugreifen.

Die Kompetenzen werden aufgesplittet. Polizei und sip züri arbeiten eigentlich zusammen, die Polizei ist aber dem Polizeidepartament (Stadtrat Wolff), die sip züri dem Sozialdepartament (Stadtrat Golta) unterstellt. Somit ist jedeR nur für seinen Bereich zuständig und kann behaupten, auf den anderen Bereich keinen Einfluss zu haben.

Die Ausnüchterungszellen («Hotel Suff») sind Sinnbild davon, dass keine Auswüchse mehr toleriert werden. Polizei und sip züri erhalten immer mehr Kompetenzen, Leute wegzupacken, die nicht in das Bild der trendigen Global City passen. Am Ende des Versuchsbetriebs gab der Stadtrat im Frühling 2014 bekannt, dass das «Hotel Suff» auch für psychisch auffällige Leute benutzt werden darf. Das heisst, die Polizeipatrouillen dürfen selbstständig entscheiden, wer psychiatrisch abgeklärt werden soll und die Person präventiv festnehmen ...

Die sip übernahm auch immer mehr Ordnungsarbeiten wie z. B. die Empfang-, Zutrittskontroll- und Sicherheitsdienstleistungen im Bundeslager für Asylsuchende am Juchweg. Nach Kritik in den Medien und im Parlament hat die AOZ (Asyl-



Zwei Sujets der «Erlaubt ist, was nicht stört»-Kampagne. Gestaltung: Partner+Partner AG, Winterthur

Organisation Zürich) im Sommer 2015 ihre Zusammenarbeit mit der sip züri vorerst eingestellt. Fragt sich nur, für wie lange.

2009: Polizeigesetz und Wegweisungsartikel

Der Wegweisungsartikel im Polizeigesetz ist ein weiteres Mittel des zürcherischen «Erlaubt ist, was nicht stört». Bemerkenswert ist, dass der Zürcher Stadtrat beim Kanton Druck gemacht hat, zusätzlich zur Wegweisung auch noch das Rayonverbot einzuführen (im Gegensatz zu Winterthur, Bern und St. Gallen).

Seit der Änderung des Polizeigesetzes 2009 hat sich die Praxis der Wegweisung zu einem beliebten Instrument entwickelt, um den öffentlichen Raum zu regulieren. Was vor 30 Jahren noch Gegenstand heftiger Diskussionen unter den Einwohner*innen war und entsprechend der Situation auch von den Betroffenen selbst gelöst werden konnte, gehört heute zum Aufgabenbereich der staatlichen und privaten Kontroll- und Repressionsorgane.

Das Praktische an der Wegweisung ist ja, dass alleine die Absicht oder die Möglichkeit reicht, dass eine Person die Ordnung stören könnte, um gegen sie vorgehen zu können. Oder wie es die damalige Polizeivorsteherin Esther Maurer in einem Inter-

view mit dem Tages-Anzeiger im Juni 2008 auf den Punkt brachte: «Laut Gesetzesentwurf soll die Polizei künftig auch Personen wegweisen können, die durch ihr Verhalten «begründet Anstoss oder Furcht bewirken.» – «Das Verrückte ist ja, dass die Polizei heute praktisch immer das Delikt abwarten muss, bis sie ein griffiges Instrument hat, um einzuschreiten. Sie reichen aus im Fall von Asylbewerbern. Dort gilt das Rayonverbot bereits jetzt. Bei Leuten mit Bürgerrecht oder Niederlassungsbewilligung gibt es diese Bestimmung aber nicht.»

Bis zur Lettenräumung war es möglich gewesen, als Zeug*in bei Kontrollen und Verhaftungen stehen zu bleiben. Das wirkte und zeigte den Polizist*innen, dass sie nicht unbeobachtet sind. Diese Selbstverständlichkeit müssen wir uns wieder aneignen. Heute riskieren Personen, die Kontrollen beobachten, sich einmischen, dass sie selber weggewiesen oder gar verhaftet werden. Es gehört zur Rückeroberung des öffentlichen Raums, dass wir uns das nicht länger gefallen lassen. Es ist auch ein kleines Zeichen der Solidarität gegenüber den Leuten, die mit den Wegweisungen und Kontrollen konfrontiert sind.

Ezgi Akyol und Mischa Brutschin

Abfall in die Kübel

Ordnung halten in Tram und Bus

WC benutzen

Hundedreck wegräumen

Bei Gewalt reagieren

! Erlaubt ist, was nicht stört !

1 Der Platzspitz war damals ein von der restlichen Stadt abgetrennter Park, der von der Bevölkerung gemieden wurde, in dem eigene Regeln galten, sowohl für die Konsument*innen wie für die Polizei. In diesem Sinne sprachen wir damals vom «Platzspitz-Ghetto».

Siehe auch WOZ-Artikel: Der Sozialarbeiter als Sheriff, 3.9.15.

Ezgi Akyol und Mischa Brutschin sagen herzlich Danke an alle, die ihnen halfen, sich durch das Dickicht der Geschichte zu arbeiten.



MÄRZ: Aufbau der städtischen Gassenarbeit sip züri (Sicherheit – Intervention – Prävention)

APRIL: Revision der Bau- und Zonenordnung unter Bauvorstand Ledergerber: u. a. Verbot der sexgewerblichen Nutzung in Zonen ab 50% Wohnanteil.

SOMMER: Start der Kampagne «Erlaubt ist, was nicht stört» unter dem Stichwort «Sicherheit und Sauberkeit».

DIE ERFINDUNG DES AUSLÄNDISCHEN DROGENHÄNDLERS

Wie die rot-grüne Zürcher Stadtregierung unter Druck kam, weil sie die Drogenszene trotz heftigem Drehen an der Repressionsschraube nicht wegzaubern konnte. Wie sie mit der Erfindung des «ausländischen Drogenhändlers, gegen den die Polizei nichts tun kann», Image und Job rettete und schliesslich die Gefängnisse mit Unschuldigen füllte.

Waren die blind? Wer heute die Medienberichte aus den frühen 1990er-Jahren konsumiert, staunt. Es gab grosse Drogenszenen, die Themen Drogenkonsum, Drogenelend und Drogenkriminalität waren Dauerbrenner. Doch eines schien es in den Zeiten, als die Zürcher Drogenszene



2001
MÄRZ: Lancierung Langstrasse Plus: «Der Stadtrat reagierte auf die stetige Verschlechterung der Situation im Quartier mit dem Start des Projekts Langstrasse PLUS. Dringendstes Ziel war die rasche Verbesserung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Quartier (Drogenhandel und -konsum, Sauberkeit, Kampf gegen Graffiti). Zur Erreichung dieses Ziels war nicht nur eine erhöhte Präsenz von Stadtpolizei und Sip züri nötig, sondern auch zusätzliche Anstrengungen etwa von Grün Stadt Zürich sowie Entsorgung und Recycling Zürich und dem Präsidialdepartement.» (Medienmitteilung des Stadtrates vom 19.4.2011). Offiziell stand der Kampf gegen die Verslumung des Quartiers im Vordergrund. Wie so oft eine Beschönigung der Tatsache, dass der Gentrifizierung der Boden vorbereitet wurde. Weiterer ausserhalb Zürichs wenig beachteter Aspekt: Durch den Aufkauf zahlreicher Milieuliegenschaften trocknen die Zürcher Behörden den «Sumpf» der Sexarbeit aus. Der «Chris Cheib» wird zur Partymeile für die zahlungskräftige Spassgesellschaft.

am Platzspitz als «Zürich Needlepark» in der Weltpresse Schlagzeilen machte, fast nicht zu geben: Drogenhändler. Praktisch niemand interessierte sich für Drogenhändler und die Tatsache, dass viele der Söldner des Heroin-Business schon damals keinen Schweizer Pass hatten, beschäftigte die Öffentlichkeit nicht. Schon gar nicht die Medien und die Politik.

Doch ab Frühjahr 1992 wurde alles anders. Plötzlich trat der ausländische Drogenhändler, auch bekannt als «dealer Asylbewerber», auf. Jetzt erschien er auf den Titelseiten der Zeitungen, man

fand ihn in der Drogenszene und in den Restaurants der Umgebung, auf der Strasse und im Quartier, in den Köpfen der Junkies (Drogensüchtigen), in den Forderungen der Politiker und den Alpträumen der Bevölkerung.

Was war passiert? Waren die Drogenhändler im «Needle Park» (Platzspitz-Park Zürich), in dem die Drogenszene von 1986 bis 1992 gehalten wurde, herzige Bündner oder süsse Baslerinnen? Waren sie brave Buchhalter und zuvorkommende Kioskfrauen mit einem etwas anderen Sortiment?

Jahrzehnte der Jagd auf «Drögeler»

Rückblick: Seit den 1970er-Jahren gehörten sichtbare Drogenszenen, in denen verbotene Drogen gehandelt und konsumiert wurden, zu den europäischen und besonders zu den Schweizer Städten. Wer illegale Drogen konsumierte, war kriminell, arbeitsunfähig, ein Outcast und gehörte ins Gefängnis. Die Szene wanderte, von der Polizei mehr oder weniger hart verfolgt, von Ort zu Ort durch die Stadt. Von den Treppenstufen am Limmatufer («Rivi») ins Niederdorf, über das Bellevue an den Bahnhof Stadelhofen. Der Fokus von Politik, Medien und Bevölkerung lag auf den Drogenkonsumenten und man suchte das Heil in der Verschärfung der Strafgesetze.

Der Needle Park und Rotgrün

1990 gewannen SP und die Grüne Partei die Mehrheit im neunköpfigen Zürcher Stadtrat, der Förster Robert «Bobby» Neukomm übernahm das Polizeidepartement und damit die Verantwortung für den wichtigsten Teil der Drogenpolitik: Repression. Auf dem Platzspitz gab es viele ausländische Drogenhändler, doch für Stadt und Medien war das kein Thema. Problem für die einen, Feindbild für die anderen waren die Drogensüchtigen. Die damals noch marginale SVP und ihre rechten Freunde waren für Zwangsentzug und Abstinenz, man hatte Angst vor den Junkies, die Medien konzentrierten sich auf Beschaffungskriminalität. Im Juli 1990 veröffentlichte der nunmehr rot-grün dominierte Stadtrat von Zürich «10 drogenpolitische Grundsätze». Es geht in den zehn Punkten um Suchtfreiheit, darum, dass auch Drogenabhängige zur Gesellschaft gehörten, Legalisierung des Drogenkonsums, Überlebenshilfe. Mit keinem einzigen Wort wird der Drogenhandel erwähnt, schon gar nicht der «ausländische Drogenhändler». Man streitet um Fixerräume und um die «Sogwirkung» der Drogenszene auf dem Platzspitz. Der Platzspitz wird eingezäunt, die systematische und buchstäblich mörderische Jagd auf Drogenabhängige soll die Attraktivität des Parks besonders auch für «ausländische Drogenabhängige» verringern. Ein Postulat im Kantonsrat fordert im September 1991 «geschlossene Anstalten für Drogenkonsumenten». Und im April 1992 titelt ein SVP-Inserat: «Keine Fixerräume. Keine Heroinabgabe. Sondern Therapie!» Die Wut der Bevölkerung richtet sich gegen geplante Notschlafstellen in Quartieren – in Wiedikon streiken Schüler*innen und fliegen Steine (Dezember 1991). «Ausländer» sind kein Thema.

Im Januar 1992 werden der Platzspitz – unterdessen von hohen Zäunen umgeben – sowie der Hauptbahnhof Zürich nachts geschlossen und Junkies vertrieben. Wenige Wochen später wird der «Needle Park» ganz abgeriegelt, die Szene verlagert sich in den noch proletarisch geprägten Kreis 5.

Die Vertreibungspolitik scheitert, der Stadtrat gerät unter Druck, neue Feinde müssen her

Der Stadtrat will vor allem die Entstehung einer «offenen Drogenszene» im Kreis 5 verhindern und veranstaltet eine regelrechte und regelmässige Treibjagd auf Drogenabhängige durch das Quartier. Dieses verbarrikiert sich – viele Gitter stehen noch heute – und die Medien sind voll mit lebensechten Reportagen aus dem «von Angst geplagten» Stadtviertel («Mit der Polizei im Kreis 5»). Und eine obskure Gruppe von «Bürgern» droht mit «bürgerwehähnlichen Massnahmen».

Doch die Stimmung beginnt zu kippen. Die Bevölkerung ist nun direkt mit den Folgen der mörderischen Hatz auf Drogenabhängige (Aids, Überdosen, unmenschliche Behandlung von Junkies durch die Polizei) konfrontiert. So schreiben Lehrer*innen der Quartiertageschule Limmat 8 im Tages-Anzeiger im März 1992: «Wir bitten den Stadtrat, dafür zu sorgen, dass Süchtige menschenwürdig behandelt werden ...» Das Feindbild des Drogensüchtigen taugt bald nicht mehr. In den Leserbriefen tauchen nun neue Schuldige auf: Die Dealer. «Drogendealer müssen ganz hart angefasst werden», schreibt einer – und er ist gar nicht der einzige –

ebenfalls im März 1992. Kurz zuvor: «Wer profitiert von den neuen Zuständen? Sicher in erster Linie die Dealer.» Dealer geraten nach und nach in den Fokus der Berichterstattung, doch der Stadtrat hat die Chance noch nicht entdeckt. Am 21. Februar 1992 bringt der Tages-Anzeiger ein einseitiges Interview mit Polizeivorstand und SP-Mann Neukomm. Der Begriff «ausländischer Drogenhändler» kommt darin nicht vor.

Im Mai 1992 nimmt der Druck auf den Stadtrat zu. Der Bund genehmigt einerseits Experimente mit der «kontrollierten Drogenabgabe» und erfüllt damit eine alte Forderung des Stadtrats von Zürich. Und die Stadtpolizei unterlässt es, einer Frau, die im Kreis 5 angegriffen und zusammengeschlagen wird, zu Hilfe zu eilen. Der Skandal ist gross, es muss dringend ein neuer Feind her: Zwar hatte die «Fremdenpolizei» (heute Migrationsamt) schon im Februar 1992 das Thema «straffällige Asylbewerber» lanciert (Tages-Anzeiger am 11.2.1992: «Kriminelle tarnen sich als Asylbewerber»), doch wurde die Story erst noch ignoriert. Doch am 20. Mai 1992 tritt SP-Stadtrat Neukomm eine Lawine los, unter die unterdessen Asylrecht, Menschenrechte und auch die SP selbst geraten sind. Neukomm musste an einer Pressekonferenz zugeben, dass sich die Situation im Kreis wieder verschlimmert hat. Er kündete noch härtere Repression gegen Fixer an (Beschlagnahmung von Spritzen und ähnliches) und sagte, «Drogenbanden aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus der Türkei, dem Libanon ...» hätten einen Preissturz provoziert. Und natürlich sind die anderen schuld: Neukomm verlangt mehr Gefängnisplätze vom Kanton und «Internierung von Asylsuchenden», die mit Drogen handelten. Endlich waren die Schuldigen gefunden: Nicht «unsere» armen Junkies, sondern die «ausländischen Drogenhändler», der Kanton, der zu wenig Gefängnisse hat, und der Bund, der Asylverfahren durchführt. Die Medien, besonders Tages-Anzeiger und Sonntagszeitung, überschlugen sich: «Ausländischer Drogenhändler»: «Gute Geschäfte unter dem Deckmantel des Asyls. Drogenhändler benutzen Asylgesuche als Schutz vor Ausschaffung» (Sonntagszeitung 24.5.1992), «Die Schweiz: Einfallstor des Heroinhandels» (TA 27.5.1992), «Straffällig gewordene Asylbewerber können nicht einfach abgeschoben werden» (Tages-Anzeiger, 26.5.1992).

Drogenhändler ohne Drogen sind die schlimmsten

Die Forderung nach «Internierung» – also Haft ohne Verbrechen – bleibt bestehen. Am 19. August 1992 enthüllt der Tages-Anzeiger, dass die schlimmsten Drogenhändler jene seien, die keine Drogen auf sich trügen. Der Chef der Stadtzürcher Kripo fordert einmal mehr «Internierung» und bekommt dafür prominenten Platz im Tages-Anzeiger.

Damit fordern der Zürcher Stadtrat und seine Chefsbeamten die Aufhebung des



Illustration: Udo Theiss

Rechtsstaates für Menschen, die keinen Schweizer Pass besitzen. Wer des Drogenhandels verdächtigt wird, den die Polizei nicht beweisen kann oder will, soll «interniert», also ohne Urteil in ein Gefängnis gesteckt werden. Stadtrat und Behörden reden, als ob es Untersuchungshaft nicht gäbe und als ob Asylbewerber prinzipiell straffrei ausgingen. Das war natürlich eine Lüge, aber sie hat gut funktioniert.

Eindrücklich ist, wie schnell der rot-grüne Stadtrat zwischen April und Mai 1992 den Feindbild-Schalter umgelegt hat: Im April sprach man im Gemeinderat bei der grossen Drogendebatte über Fixerräume und Stadträtin Emilie Lieberherr verlangte in einem vielbeachteten Brief an Bundesrat Cotti einen dringlichen Bundesbeschluss, damit Drogenabgabe endlich (zu Forschungszwecken) möglich wird. Im Mai will der Stadtrat dann etwas völlig anders: Mehr Gefängnisplätze, die Einkerkung von Asylbewerbern ohne Prozess oder Urteil.

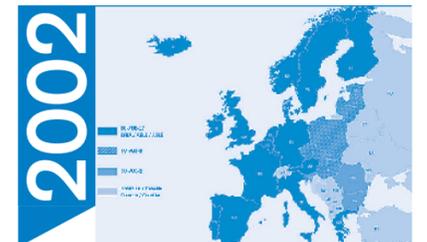
Die Folgen: Tausende Unschuldige in den Gefängnissen

1992 war kein gutes Jahr für die Grundrechte in der Schweiz. Es war nicht die damals noch marginale SVP, sondern der rot-grüne Stadtrat und der links-liberale Tages-Anzeiger, die Sonderbestrafungen für vielleicht verdächtige «Ausländer» und «Asylbewerber» forderten, und es war der rechte Bundesrat, der daran erinnern musste, dass für Untersuchungshaft ein begründeter Verdacht und für Gefängnis ein Urteil vorausgesetzt wird.

Die Drogenszene verlagerte sich 1993 auf das Gelände des ehemaligen Bahnhofs Letten. Medien und Politik waren sich spätestens 1994 einig, dass die «ausländischen Drogenhändler» die Ursache allen Übels waren. Man sprach von «Drogen-

krieg», heute noch unbekannte Mörder erschossen mit Sturmgewehren der Schweizer Armee und Dum Dum-Geschossen von der Kornhausbrücke aus drei angebliche «Drogenhändler». Drogenhändler stellen aus Protest die Belieferung ihrer Kunden ein – die Schweizer Medien drehen durch, als wären sie selbst «auf dem Aff» (damaliger Ausdruck für Opiat-Entzugssymptome).

Die Behörden bauen im gleichen Jahr auf dem Kasernen-Areal ein «provisorisches Polizeigefängnis», das nur einige wenige Jahre bestehen sollte, aber natürlich noch heute in Betrieb ist. Die geringste Zustimmung erhält der Knast übrigens im Kreis 5.



2002
JUNI: Inkrafttreten des Personenfreizügigkeitsabkommens: Legalisierung von vielen sich bereits in der Schweiz befindenden Sexarbeiter*innen.

Am 1. Februar 1995 treten die «Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht» in Kraft. Sie erlauben es, eine bestimmte Kategorie von «Ausländer*innen» für 12 Monate ohne Gerichtsurteil in ein Gefängnis zu stecken. Später wird die Sonderstrafe verlängert. Tausende wurden seitdem für Monate und Jahre in so genannte «Administrativhaft» – vor allem, aber nicht nur – im grässlichen Flughafengefängnis Zürich Kloten gesteckt.

Die Polizei ist ausser Rand und Band

Ausschnitt aus einem Artikel der WOZ vom 25.1.1994: «Kurz nach Mitternacht vom 14. auf den 15. Januar wird auf der Kornhausbrücke beim Abgang zur Badeanstalt Letten in aller Öffentlichkeit ein Ausländer verprügelt, obszön er schreit, er habe ein Ausweispapier: «J'ai une lettre». Die Einsatzleiterin sagt: «Ein Ausländer ohne Papiere, abschlaa.» Der Ausländer wiederholt, dass er Papiere habe. Die Einsatzleiterin befiehlt, dem am

Boden Liegenden Handschellen anzulegen. Ein Polizist schlägt ihn mehrfach ins Gesicht. Später, als ein Schweizer zum Polizeifahrzeug gebracht wird, sagt die Einsatzleiterin: «Aufhören mit Schlagen, ein Schweizer kommt.»

Die sozialdemokratische Partei hat das Desaster ihrer Drogenpolitik dank der Erfindung des «ausländischen Drogenhändlers» gut überstanden. Die Stadt Zürich ist seit 1990 «rot-grün» und die SP konnte den unbeliebten Posten des Polizeivor-

stands 2010 an einen Grünen (Daniel Leupi) und 2013 an einen Alternativen (Richard Wolff) abschieben.

Alois Hinterfuhren

Literatur: Fredy Lerchs preisgekrönte Reportage «Der Sündenbock vom Letten» für die WOZ ist noch heute das wohl am besten recherchierte und geschriebene Stück über die Stimmung im Zürcher Letten 1994.

Alois Hinterfuhren lebte damals und heute im Zürcher Kreis 5. Er ist immer noch sauer.

DIE STADTPOLIZEI ALS QUARTIERENTWICKLUNGSORGAN

In den letzten 15 Jahren verfolgte die Stadt im Kreis 4 eine Strategie der Rückeroberung. Die Verdrängung der ärmeren Bevölkerung und die Kriminalisierung einzelner Gruppen waren sowohl Massnahme als auch Folge der Quartieraufwertung. Dabei werden auch die Grundrechte der Jugendlichen, die als Ausländer gelten, obwohl sie hier geboren und aufgewachsen sind, massiv eingeschränkt.

Im Spätherbst 2013 fand in einem Jugendtreff im Kreis 4 eine öffentliche Podiumsdiskussion mit dem Titel «Polizei – Dein Feind und Helfer» statt. Zwei Jugendliche im Alter von 17 und 18 Jahren schilderten in Anwesenheit des Polizeivorstehers Richard Wolff, des Kreischefs Aussersihl Andreas Benzin und einer Mitarbeiterin des Polizeikorps ihre Erfahrungen. Sie brachten zum Ausdruck,

nehmer mit ihren Kollegen abbildete. Der Tagi-Artikel sorgte für viel Diskussionsstoff. Eine Woche später erhielt die NZZ die Information, dass drei Jugendliche auf dem Foto (nicht die Podiumsteilnehmer) in ein Delikt verwickelt gewesen wären. Daraufhin publizierte sie eine Story, bei der sie den ursprünglichen Tagi-Titel «Wir wohnen doch bloss hier» in «Wir delinquiren doch bloss hier» umwandelte. Andere Medien folgten nach. Jetzt hatten sie die Geschichte, die sie wirklich interessiert: Kriminelle Jugendliche, die sich bei der Polizei beschweren und vom linken Polizeichef Richard Wolff gehätschelt werden. Danach war die Welt wieder in Ordnung und klar, wer Täter und wer Opfer ist. Schlimmer noch: die Jugendlichen wurden als Täter dargestellt, die noch die Frechheit besäßen, sich als Opfer darzustellen.

wichtig sind, weichen sie der eigentlichen Fragestellung aus. Erstens dauert es Jahre, bis diese Massnahmen möglicherweise Wirkung zeigen, und zweitens stellen sie die Frage nicht, ob es nicht einfach weniger Kontrollen brauche. Denn die konstant hohe Polizeipräsenz gerade im Kreis 4 war und ist politisch gewollt. Seit der Schliessung des Letten und der Lancierung von Langstrasse PLUS im Jahr 2000 ist absolute Nulltoleranz angesagt. Damals lancierte die Stadt das 4-Säulen-Modell aus Repression, Quartieraufwertung, Soziokultur und Gebietsentwicklung. Langstrasse PLUS, das 2010 zum Abschluss kam, war beim Polizeidepartement angegliedert und gewichtete somit die Sicherheit im öffentlichen Raum und die sichtbare Präsenz der Polizei sehr stark. Der Projektleiter Rolf Vieli schreibt in seinem Fazit zur Sicherheit: «Die öffentliche Sicherheit und Ordnung ist weitestgehend gewährleistet, jedoch nur dank hohem (Personal-)Aufwand. Trotz grossen Anstrengungen aller Partner verhindert die soziale Struktur des Quartiers weiterhin Nachhaltigkeit. Die Sicherheit und Ordnung bleibt somit labil.»

Es scheint einen breiten Konsens zu geben, dass der Kreis 4 nur mit hoher Polizeipräsenz stabil und sicher bleibt. Der zukünftige Bau des neuen Polizei- und Justizentrums weist ebenfalls in diese Richtung. Dass damit sichtbare Minderheiten kriminalisiert und unterdrückt werden, scheint nicht zu stören. Erfreulicherweise hat die AL ein Postulat im Parlament eingereicht, dass verlangt, dass die Stadtpolizei in Zukunft eine Quittung für jede Kontrolle ausstellt. Damit sollen Kontrollen vermindert werden, welche die Polizei aufgrund eines bestimmten Aussehens vornimmt und die klar rassistisch sind.

Interview mit A. und N., beide 18-jährig, aus dem Kreis 4

In welchem Alter hattet ihr das erste Mal mit der Polizei zu tun?

N: Mit 12.

A: Mit 10.

Um was ging es da?

A: Ich war mit Kollegen unterwegs und wir haben mit «Kügelipistolen» rumgespielt, dann haben sie uns auf den Posten mitgenommen und meine Mutter musste mich abholen.

2004

OKTOBER: Unterzeichnung der Schengen-Dublin-Abkommen (im Rahmen der Bilateralen II)



DEZEMBER: Am 5. Dezember 2004 zwingt die Basler Polizei alle Anhänger*innen des FCB, welche in Zürich dem Fussball-Spiel gegen GC beiwohnen wollen, zur Benützung eines Extrazuges. Dieser wird von den Zürcher Kollegen in Altstetten in Empfang genommen. 427 Menschen verbringen den Sonntag in Polizeigewahrsam statt im Stadion. (→ S. 19)

was Jugendarbeiter*innen in Zürich schon oft zu Ohren bekamen: Manche Jugendliche werden sehr häufig von der Polizei kontrolliert, manchmal täglich, teilweise mehrmals am Tag. Oft laufen die Kontrollen schikanös ab. Die Jugendlichen erleben die Personenkontrollen als reine Machtdemonstration. An diesem Abend kamen endlich einmal Jugendliche zu Wort, die sonst bloss Ziel negativer Berichterstattung sind: Männliche migrantische Jugendliche im Hiphop-Style, jenem Aussehen, dass zum Sinnbild des gewalttätigen Jugendlichen wurde.

Mediale Hinrichtung – bürgerliche Gerechtigkeit

Nach der Veranstaltung veröffentlichte der Tages-Anzeiger einen Artikel, in dem er der Kritik der Jugendlichen viel Raum gab. Zur Illustration druckte die Zeitung ein Foto ab, das die beiden Podiumsteil-

Hohe Polizeipräsenz als politischer Konsens

Da setzt Wolff den Fokus anders: Die Kontrollen sollten besser und anständiger gemacht werden, an der Polizeiausbildung solle gearbeitet und auch vermehrt Polizist*innen mit Migrationshintergrund rekrutiert werden. Obwohl diese Aspekte

2003

SEPTEMBER: Inkrafttreten der Übereinkunft der Vereinten Nationen vom 15. Nov 2000 gegen grenzüberschreitend organisierte Kriminalität (Palermoprotokoll), mit Zusatz zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels.



N: Mich haben sie auch wegen unnötigen Sachen mitgenommen, einfach wegen Kinderzeugs. Sie haben uns mitgenommen, um uns einzuschüchtern.

Hat euch beschäftigt, so früh bereits mit der Polizei zu tun gehabt zu haben?

A: Damals nicht, aber später, so mit 16, habe ich schon gedacht, krass, dass ich schon mit 10 oder 12 auf einem Polizeirevier war.

2005



JUNI: Annahme des Schengen-Dublin-Abkommens (mit 54,6% Ja-Stimmen)

Hattet ihr in den letzten Jahren oft mit der Polizei zu tun?

A: Ja, schon sehr viel, vor allem draussen, in den Parks und so, wegen dem Rumhängen, es gab dort viele Vorfälle.

Um was geht es da jeweils?

A: Meistens um Gras, also, sie kommen sowieso immer wegen Gras zu uns, nicht wegen Koksdealer, die grosse Mengen haben. Sie haben nichts Besseres zu tun, sie sagen es selber; wir fragen sie jeweils, «Haben sie nichts Besseres zu tun?» Und sie sagen: «Ja, wir haben nichts Besseres zu tun.» Gerade gestern wieder, in der Garage (Tiefgarage Hardau-Siedlung, ein beliebter Treffpunkt, vor allem im Winter. AdA), ein 16-Jähriger ist durchgelaufen und die Polizei hat ihn aufgefordert, sofort an die Wand zu stehen.

Wo erlebt ihr intensive Kontrollen?

A: Hardau, Lochergut, Friesenberg, eigentlich allgemein im Kreis 3 und 4.

Wie läuft es ab, wenn sie euch kontrollieren?

N: Sie machen es auf die linke Tour, am Anfang sind sie mega-anständig, obwohl sie dich mit der Kontrolle ja ficken wollen. Wenn sie nichts finden, bleiben sie auch meistens anständig. Wenn sie etwas finden, werden sie frech, weil sie haben dann bekommen, was sie wollten. Sie werden frech, wir werden frech, dann holen sie Verstärkung. Dann müssen wir uns ausziehen.

Ausziehen? Draussen?

A: Socken sicher, manchmal auch die Hosen. Sie haben bei Kollegen auch in den Arsch geschaut. Also, sie nehmen dich schon in eine Ecke, aber auf jeden Fall draussen in der Öffentlichkeit, Leute können dich sehen. Man fühlt sich wie ein Schwerverbrecher, man muss alles zeigen, Schuhe, Socken.

Und wenn sie etwas finden, was dann?

A: Dann fühlen sie sich eben krass. Dann sagen sie: «Seht ihr? Wir ficken euch.» Manchmal eskaliert es fast. Ein

Kollege von mir wurde frech und dann hat ihm ein Polizist einen Schlag in die Brust versetzt.

N: Es geht ihnen einfach um Macht, wenn sie ein klein wenig Gras finden, dann gibt ihnen das Macht.

Was für Bussen kriegt ihr?

N: Für Gras 100 Franken.

Wie ist die Situation in der Garage im Moment?

A: Wir waren lange nicht in der Garage, aber haben gehört, dass es jetzt wieder losgeht. Wir haben dort auch 24-Stunden-Verbote bekommen, weil wir dort rumhängen.

Die Polizisten und ihr kennt euch doch gegenseitig mittlerweile?

N: Ja, es sind oft dieselben. Sie hassen uns von Grund auf. Sie fragen uns immer, seit ihr auch von diesen Lochergut-Jungs? Sie denken, wir sind voll die Psychopathen. Die Polizei hat auch oft Angst. «Hände aus den Hosensäcken!» Sie haben voll Paranoia, ich weiss nicht, was mit denen läuft.

Die Polizei hat Angst vor Euch?

N: Ich denke schon. Darum sind sie so frech und aggressiv. Wir werden dann halt auch frech und dann holen sie Verstärkung und demütigen dich.

Wir sind 15 Leute, ein Kastenwagen mit zwei Personen drin kommt, sie fahren weiter. Nach 10 Minuten kommen sie mit 5 Kastenwagen wieder.

Was denkt ihr, warum ist es so, wie es ist?

N: Die Polizei hat den Rückhalt im Volk. Alle sind für die Polizei, sie können praktisch alles machen. Das sieht man auch bei den Kommentaren, z. B. im 20 Minuten, die Mehrheit ist immer voll für die Polizei, viele würden sogar erlauben, dass die Polizei scharf schießt, darum eben.

Was würdet ihr ändern, wenn ihr könntet?

N: Ich würde sicher ein Polizeirevier schliessen. Es gibt eindeutig zu viele. Und das Grösste kommt erst noch, das PJZ. Da haben sie uns auch verarscht, jetzt bleibt doch noch ein Teil der Polizei im Kasernenareal, obwohl sie gesagt haben, dass es frei wird. – Sie wollen die Leute hier vertreiben, und sie schaffen es auch. Die Wohnungen werden teuer. Ich selber überlege, wegzugehen. Wenn noch das grosse PJZ kommt, dann ist nichts mehr, wie es war.

Interview mit A., 24-jährig, aus dem Kreis 4. Welche Erfahrungen hattest du als Jugendlicher mit der Polizei?

Wir haben früher viel Scheiss gemacht. Wir haben Leute belästigt und Leute ausgeraubt. Und wenn die Polizei gekommen ist, sind wir immer weggerannt. Mich haben sie eigentlich nie geschnappt, aber Kollegen, die verhaftet wurden, da ist es auch zu Handgreiflichkeiten gekommen. Einige musste auch daran glauben und ein paar Ohrfeigen kassieren von den Polizisten,

aber das war normal, weil sie auch einen Scheiss gemacht haben.

Warum habt ihr Leute ausgenommen?

Es ging ums Geld. Wir wollten Süssigkeiten, wir kriegten vielleicht 5 Stutz von den Eltern, aber die waren schnell aufgebraucht und vor allem am Wochenende brauchten wir mehr Geld, darum haben wir den Scheiss gemacht.

War das Verhalten der Polizei richtig?

Schau, schlussendlich sind es Bullen, die hinter kriminellen Jugendlichen her sind. Klar, sie sind schon extrem frech, sie haben uns schon brutal fertiggemacht, wir haben richtig gemerkt, wie sie diskriminierend auf uns gewirkt haben. Als sie gesehen haben, dass wir Albaner sind, haben sie uns gesagt: «Und du, heb dini Schnurre, und du, a de Wand bliebe», sie fingen voll an zu schreien, also auch dann, wenn wir nichts gemacht haben und einfach am Hängen waren und vielleicht einen Joint geraucht haben.

Wegen Gras?

Ja, Gras haben sie immer gesucht. Einmal war es so, wir waren in der Stadt und die Polizei stieg aus dem Auto aus, weil mein Kollege in Trainerhosen rumlief, und er ist Dominikaner, hat dunkle Haut, und dann sie voll zu ihm hin, haben ihn an die Wand gedrückt und fragten ihn: «Wo ist das Gras, verstehst du Deutsch? Verstehst du Deutsch?», und mein Kollege sagte ihm schon zum fünften Mal: «Ich bin Schweizer, ich verstehe Deutsch», und er fragt ihn trotzdem noch: «Verstehst du Deutsch?» Sie haben ihn blossgestellt, er musste sich halb nackt ausziehen, weil sie einfach nichts gefunden haben.

Auf welches Aussehen geht die Polizei los?

Schon dunkle Hautfarbe, und Hip-Hop-Trainerstyle bei den Jungen. Oder schwarze Kleider. Ich war auch ganz normal am Hängen beim Helvetiaplatz, dann kamen sie einfach zu mir, haben eine Kontrolle gemacht, da kommst du dir voll scheisse vor. Sie haben noch nie eine Ausnahme gemacht und gesagt: «Ok, lassen wir es für diesmal gut sein.» Ein Polizist sollte eigentlich in jeder Situation klarkommen und nicht den Ort verlassen und die Leute sind so wütend, dass sie beim nächsten Mal noch schlimmer drauf sind.

Warum zielt die Polizei mehr auf migrantische Jugendliche?

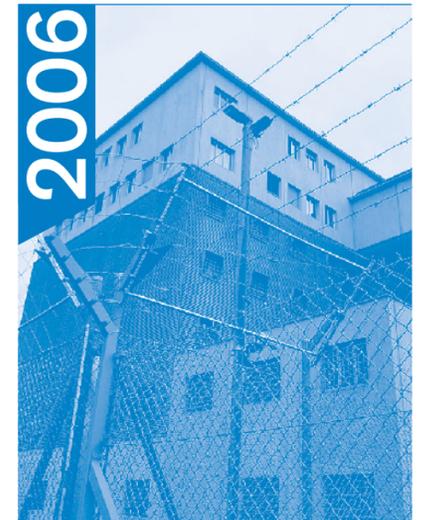
Schau, überall, wo es mehr Ausländer gibt, ist die Wahrscheinlichkeit auch höher, dass sie weniger gebildet sind und das wirkt sich natürlich auch auf die Kinder aus. Wenn du dich nicht ausdrücken kannst, dann drückst du es halt mit dem Körper aus, dann benutzt du auch schneller die Hand und schlägst jemanden. Und weil das die Schweizer nicht so kennen, ist es auch natürlich, dass sie so reagieren.

Raif Yakup

Der Autor hat beruflich mit der Sache zu tun.



Die Hardau-Siedlung und ihre Tiefgarage im Kreis 4. Foto: zvg



2006

SEPTEMBER: Die Revision des Asylgesetzes wird in einer eidgenössischen Abstimmung angenommen. Das neue Gesetz sieht vor, dass künftig vom Asylverfahren ausgeschlossen wird, wer nicht innert 48 Stunden nach der Ankunft Reise- oder Identitätspapiere vorlegt. Weiter werden alle abgewiesenen Asylbewerber von der Sozialhilfe ausgeschlossen. Sie erhalten nur noch eine Nothilfe. Zudem wird die Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft auf 2 Jahre verlängert. An derselben Abstimmung wird das Ausländergesetz angenommen, welches das ANAG aus dem Jahre 1931 ablöst. Wichtige neue Änderung: Schaffung des Tatbestandes des «illegalen Aufenthaltes». Neben den Zwangsmassnahmen existiert nun eine weitere Möglichkeit, papierlose Migrant*innen einzubuchen. Das AuG schafft weiter die Möglichkeit, alle zu bestrafen, die Asylsuchenden bei der Flucht in die Schweiz helfen oder Abgewiesene vor einer Ausschaffung zu bewahren suchen. Strafe droht auch all jenen, die den rechtswidrigen Aufenthalt einer Ausländerin oder eines Ausländers irgendwie «erleichtern».

EINFACH NUR URBANER?

Was hat sich verändert, seitdem Linke an der Spitze des Stadtzürcher Polizeidepartements und der Justiz des Kantons Zürich stehen. Rechtsanwältin und AL-Aktivistin Manuela Schiller blickt zurück und wagt eine Bilanz.

Mein Praktikum zur Vorbereitung der Anwaltsprüfung absolvierte ich 1984 bei der Bezirksanwaltschaft Zürich. Die Polizisten rückten nach Feierabend in den unfriedlichen Ordnungsdienst aus, ich an die unbewilligten Demos. In der Kaffeepause prallten dann die Ansichten über den vorangegangenen Abend aufeinander.

Die Zeiten haben sich seit den 1980er-Jahren massiv verändert. Die technische Entwicklung hat nicht nur meine berufliche und politische Arbeit verändert, sondern auch die Repression. Der öffentliche Raum, ja die ganze Stadt, wurden in den 1980er- und 1990er-Jahren vermehrt in Besitz genommen, die Reglementierungen und Verbote nahmen ab. Doch der Wind hat gedreht. Erlaubt ist, was nicht stört, und es stört immer mehr. Wir sollen lieber Geld ausgeben als demonstrieren. Bei Benutzerkonflikten gehen die privaten Interessen vor, die Grundrechte werden eingeschränkt, die Polizei schützt die Privatisierung der Stadt. Freiräume werden immer rarer.

Bis vor gut zehn oder fünfzehn Jahren waren die unfriedlichen Ordnungsdienste der Stadtpolizei Zürich meist mit der Politagenda verbunden: 1. Mai-Demo und Nachdemo, Anti-WEF, antifaschistische Abendspaziergänge, Hausbesetzungen, internationale Solidarität und Solidarität mit Flüchtlingen. Nun kam das neue Feindbild des gewalttätigen Fussballfans dazu und wurde ins Zentrum der medialen und politischen Aufmerksamkeit gerückt. Die Kurven werden Wochenende für Wochenende von Tausenden von unangepassten Jugendlichen gefüllt. Die Ultrabewegung brachte auch in der Schweiz mehr Choreografien, Farbe und Feuerwerk in und um die Stadien: im Kampf gegen sie werden gerne neue Repressionsmodelle eingeübt.

Ein Blick in Hoogan

Die Stadtpolizei Zürich beklagt seit Jahren die Gewaltbereitschaft in und um die Stadien, welche es zu bekämpfen gebe. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Blick auf die aktuellen Zahlen aus dem Informationssystem Hoogan: Ende Juli 2015 waren schweizweit insgesamt 1535 Personen registriert, wobei 1058 Massnahmen gegen «gewalttätige Personen» aktiv waren. Es handelte sich um 5 Meldeauflagen, 412 Rayonverbote und 641 Stadionverbote. Der häufigste Tatbestand war dabei das Zünden von Pyrofackeln (413), gefolgt von Landfriedensbruch und Gewalt und Drohung gegen Beamte. 99 Mal werden die Hinderung einer Amtshandlung und 89 Mal Tätlichkeiten aufgeführt. Im strategischen Plan des Polizeidepartementes 2015 bis 2019 wird Sport ohne Gewalt als ein Schwerpunkt im Bereich öffentlicher Raum definiert. Als ein wichtiges Ziel wird ausdrücklich ein

markanter Rückgang des Einsatzes illegaler Pyros bei Heim- und Auswärtsspielen sowie die Umsetzung des revidierten Konkordates über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen mit angepasstem Aufgebot von Polizeikräften aufgeführt. Zur Zielerreichung werden u.a. organisatorische Massnahmen für die Umsetzung der Bewilligungsaufgaben bei den Clubs (z. B. Ticketing mit Kombitickets usw.) genannt. Frühere Versuche, mit solchen Massnahmen den Fans vorzuschreiben, wie sie anzufahren haben und sich für ihren Ticketkauf registrieren zu lassen, sind schweizweit gescheitert. Es ist davon auszugehen, dass wir in dieser Hinsicht bald mit neuen Vorschlägen konfrontiert werden.

Polizeikessel für «De-Anonymisierung»

Ein wichtiges Ziel der polizeilichen Arbeit war und ist immer die präventive De-Anonymisierung auch derjenigen Fans, gegen welche kein Strafverfahren eröffnet werden konnte. Dazu eignen sich Polizeikessel mit anschliessender Personenkontrolle besonders gut. Am 6. Mai 2012 wurden zum Beispiel etwa 400 Basler Fans auf der Duttweilerbrücke eingekesselt und durften erst weiter, nachdem sie sich nicht mehr einer Personenkontrolle widersetzen. Eine erste grössere Einkesselung der FCZ-Fans wurde im Mai 2013 ohne Personenkontrolle abgebrochen. Diesen Februar wurden über 800 FCZ-Fans eingekesselt und mussten bei Regen und Kälte teilweise stundenlang auf ihre Kontrolle warten. 600 GC-Fans wurden im März 2014 ebenfalls auf der Duttweilerbrücke eingekesselt und kontrolliert. Es stellt sich die Frage, was die Polizei mit all diesen Daten macht. Als die Stadtpolizei vor einigen Jahren dazu übergang, die ankommenden Basler Fans sozusagen in einem mobilen Kessel vom Bahnhof Altstetten zum Stadion zu begleiten, mit der Drohung, eine einzige Handlung eines einzelnen Fans führe zur Personenkontrolle aller, haben sich die Fans dagegen erfolgreich gewehrt und die Polizei dabei auch ausgetrickst: sie reisten entweder nicht an oder reisten geschlossen wieder nach Hause, sie reisten alle einzeln oder im Autocorso an. Heute reisen sie wieder an und werden im üblichen Ausmass begleitet...

Die juristische Aufarbeitung der letzten Einkesselungen der Fanmärsche ist noch nicht abgeschlossen. Beim Kessel

gegen FCZ-Fans im Mai 2013 haben zwei durch Gummigeschosse verletzte Fans Anzeigen eingereicht. Die Schützen wurden eruiert, das Verfahren gegen sie wurde jedoch nicht in Angriff genommen, mit der Begründung, sie hätten auf einen Schiessbefehl hin gehandelt und die Distanz von 20 Metern eingehalten. Obwohl letzteres nicht stimmt, haben die Fans diesen Entscheid akzeptiert, weil die Beschwerdekammer des Obergerichtes eine prohibitiv hohe Kautions verlangt hat. Hingegen wurde gegen den Zugführer, der den Schiessbefehl erteilt hat, ein Strafverfahren eröffnet, welches noch pendent ist. Auch nach dem Kessel gegen FCZ-Fans im Februar 2015 wurden Strafanzeigen eingereicht. Hier laufen noch die Vorermittlungen. Was die Fichierung von Tausenden von Fussballfans nach Personenkontrollen angeht, so haben Fans Einsicht in ihre Daten verlangt und prüfen nun Schritte gegen die Praxis, dass die Daten fünf Jahre lang nicht gelöscht werden sollen.

Linker oder urbaner?

Mein Fazit: Die linksgrüne Mehrheit des Stadtrates hat seit 25 Jahren bewusst das Polizeidepartement als Schlüsseldepartement betrachtet und mit einer eigenen Stadträtin oder einem eigenen Stadtrat besetzt. Die Polizei ist in diesen Jahren in Zürich tatsächlich professioneller und in gewisser Weise auch zurückhaltender geworden. Vielleicht ist die Polizei aber einfach wie der Rest der Stadt und der ganzen Verwaltung – einfach wie wir alle – etwas urbaner geworden. Die Polizei hätte sich wohl auch mit bürgerlichen politischen Chefs in vielen Belangen den gesellschaftlichen Verhältnissen Zürichs anpassen müssen.

Die Polizei bestimmt auch in Zürich ihre Entwicklung zu einem grossen Teil selbst. Der Vorsteherin oder dem Vorsteher sind strukturell enge Grenzen gesetzt. Was mich stört, ist die Tatsache, dass fast nie wirklich ein Wille erkennbar wurde, diese Grenzen systematisch auszuloten, neu zu definieren oder gar zu überschreiten.

Wo bleibt die Opposition?

Im Gemeinderat von Zürich wurden und werden zur Polizeiarbeit und zu den Kesseln nicht nur bei Fussballspielen regelmässig parlamentarische Vorstösse eingereicht. Eine Lektüre all dieser Vorstösse gerät dabei fast zur Geschichtsstunde. Die AL kann nun nicht damit fortfahren, zu jeder unverhältnismässigen Polizeiaktion eine parlamentarische Anfrage zu machen. Jusos und Junge Grüne können nur bedingt in die Bresche springen. Was tun? Die Alternative Liste gehörte bis 2013 nicht zur stadträtlichen rot-grünen Mehrheit. Sie hat die Arbeit des Stadtrates solidarisch, aber gleichzeitig sehr kritisch parlamentarisch kritisiert und teilweise bekämpft und dabei gleichzeitig mit ausserparlamentarischen Kräften zusammengearbeitet. Richi Wolff wurde in einer einmaligen Konstellation in den Stadtrat gewählt und die rot-grünen Freund*innen im Stadtrat

DER ALTSTETTER-KESSEL

Am Sonntag, dem 5. Dezember 2004, wurde ein Extrazug mit Fussballfans aus Basel am Bahnhof Zürich-Altstetten um 14.15 Uhr von einem Riesenaufgebot der Stadtpolizei empfangen. Es kam während der über zwei Stunden dauernden Einkesselungsaktion zu mehreren Gummigeschossensätzen, schliesslich wurden 427 Fussballfans mit Kabelbindern gefesselt und in Kastenwagen zur Kaserne in die Haftstrasse der Kantonspolizei gebracht, darunter 88 Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren und 11 Jugendliche zwischen 13 und 15 Jahren.

Die damalige Polizeiverantwortliche Esther Maurer (SP) kommentierte: «Verantwortungsvolle Eltern lassen 14-Jährige auch nicht allein in einem Extrazug, in dem bekanntermassen gewalttätige Fussballfans sitzen, an einen Fussballmatch fahren. Persönlich würde ich meine Kinder begleiten und einen anderen Zug nehmen.»

Die letzten Fans wurden erst mitten in der Nacht, gegen zwei Uhr morgens, auf die Strasse gestellt. Die durchschnittliche Haftdauer betrug fast acht Stunden. In Basel hatten die Kantonspolizei und die Bahnpolizei dafür gesorgt, dass alle Basler Fans, auch Familien, Frauen und Jugendliche, die eigentlich bewusst nicht mit dem Extrazug fahren wollten, gezwungen waren, die Reise mit dem von der Stadtpolizei erwarteten Extrazug zu machen. Die Stadtpolizei Zürich machte später geltend, sie habe eigentlich nur eine Personenkontrolle durchführen, 50 bis 70 Fans verhaften und die anderen dann an das Spiel gehen lassen wollen. Entgegen der Planung sei ein erheblicher Teil der Einkesselten nicht bereit gewesen, sich kontrollieren zu lassen, es sei fast sofort zu gewaltsamen Ausbruchversuchen gekommen und die Polizei sei mit qualifizierten Straftatbeständen, namentlich mit Gewalt und Drohung gegen Beamte, konfrontiert gewesen. Dies habe die vorgesehene Personenkontrolle verunmöglichlicht und die Einsatzleitung habe beschliessen müssen, alle Fans in die Haftstrasse zu bringen.

Während der Polizeieinsatz in Basel kritisiert wurde, verteidigten in Zürich die zuständige Stadträtin Maurer, der grosse Teil ihrer Partei, die meisten bürgerlichen Politiker*innen und Medien den Einsatz. Kritisiert wurde höchstens die Ausführung. Die Stadtpolizei Zürich rapportierte gegen alle 427 festgenommenen Fans wegen Landfriedensbruchs, Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte und ähnlichem. Die Basler Fans haben sich praktisch sofort geschlossen anwaltliche Hilfe geholt und sich nicht nur gegen ihre Kriminalisierung gewehrt, sondern auch eine Strafanzeige gegen die Verantwortlichen des Einsatzes und gegen die Erfassung ihrer Daten in der Datenbank Polis eingereicht. Mit Ausnahme von ein oder zwei Fans, welche sich gegen die Festnahme durch polizeiliche Greifer gewehrt und deshalb wegen Hinderung einer Amtshandlung bestraft wurden, haben die Staatsanwalt-

schaft Zürich und alle involvierten Jugendanwaltschaften die Verfahren schliesslich mit entsprechenden Verfügungen gar nicht angefangen.

Die Folgen des Kessels

Die Staatsanwaltschaft Zürich eröffnete eine Strafuntersuchung gegen sieben Polizeioffiziere und Gruppenführer. Es fanden unzählige Einvernahmen statt und es wurde ein riesiger Aktenberg produziert. Selbstverständlich endete die Untersuchung im März 2007 mit einer Einstellungsverfügung von rund hundert Seiten. Das Obergericht als übergeordnete Instanz stellte im August 2008 fest, dass «die Massenfestnahme gerade noch verhältnismässig» gewesen sei. Die Anwälte der Polizisten wurden aus der Staatskasse mit insgesamt über 100000 Franken entschädigt.

Die Basler Fans haben für ihren Gang durch die Gerichte viel Geld ausgegeben. Die Kantons- und die Stadtpolizei Zürich konnten dank der gründlichen Aufarbeitung des Einsatzes ihre Dispositive anpassen, die Haftstrasse und die Abläufe optimieren und die Zusammenarbeit für künftige Einsätze verbessern.

Seit dem Altstetter Kessel hat sich das Repressionskarussell gegen Fussball- und in etwas geringerem Ausmass auch gegen Hockeyfans ständig rascher gedreht. Vor der Fussball-EM 2008 hat das Parlament



DEZEMBER:
Inkrafttreten des Schengen-Dublin-Abkommens (an den Flughäfen im März 2009).

1985 absolvierte ich mein Praktikum auf der Justizdirektion. Die Winterthurer hockten gerade im Knast, der blutige Eugen (war er es?) trieb noch sein Unwesen. Die Gefolgsleute von Swami Omkarananda waren in Sachen ziviler Ungehorsam und Eindecken der Justiz mit Arbeit viel hartnäckiger als die Genoss*innen. Urbaniok gab es noch nicht. Die Repression von Polizei und Justiz war massiv. Die Fronten waren klar. Es gab Tote (Dani, Michi, Renato, Max) und Verletzte und Polizeikessel, Tausende von jungen Leuten wurden kriminalisiert und verurteilt. Mein Anwaltspatent habe ich 1989 erhalten. 1990 übernahm mit Bobby Neukomm ein Sozialdemokrat das Polizeidepartement der Stadt Zürich.

Der kantonalen Zürcher Justiz standen seit 1991 und bis heute (mit Ausnahme des Grünen Martin Graf in der letzten Legislaturperiode) ununterbrochen Sozialdemokrat*innen vor.

1994 wurden in der Schweiz die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht eingeführt und damit war der Weg offen für Rayonverbote und Administrativhaft für Ausländer*innen mit und ohne Aufenthaltsberechtigung. Die Eckpunkte für meine 24 Jahre Arbeit als Anwältin in Zürich sind damit gesetzt.

Die veränderte Repression

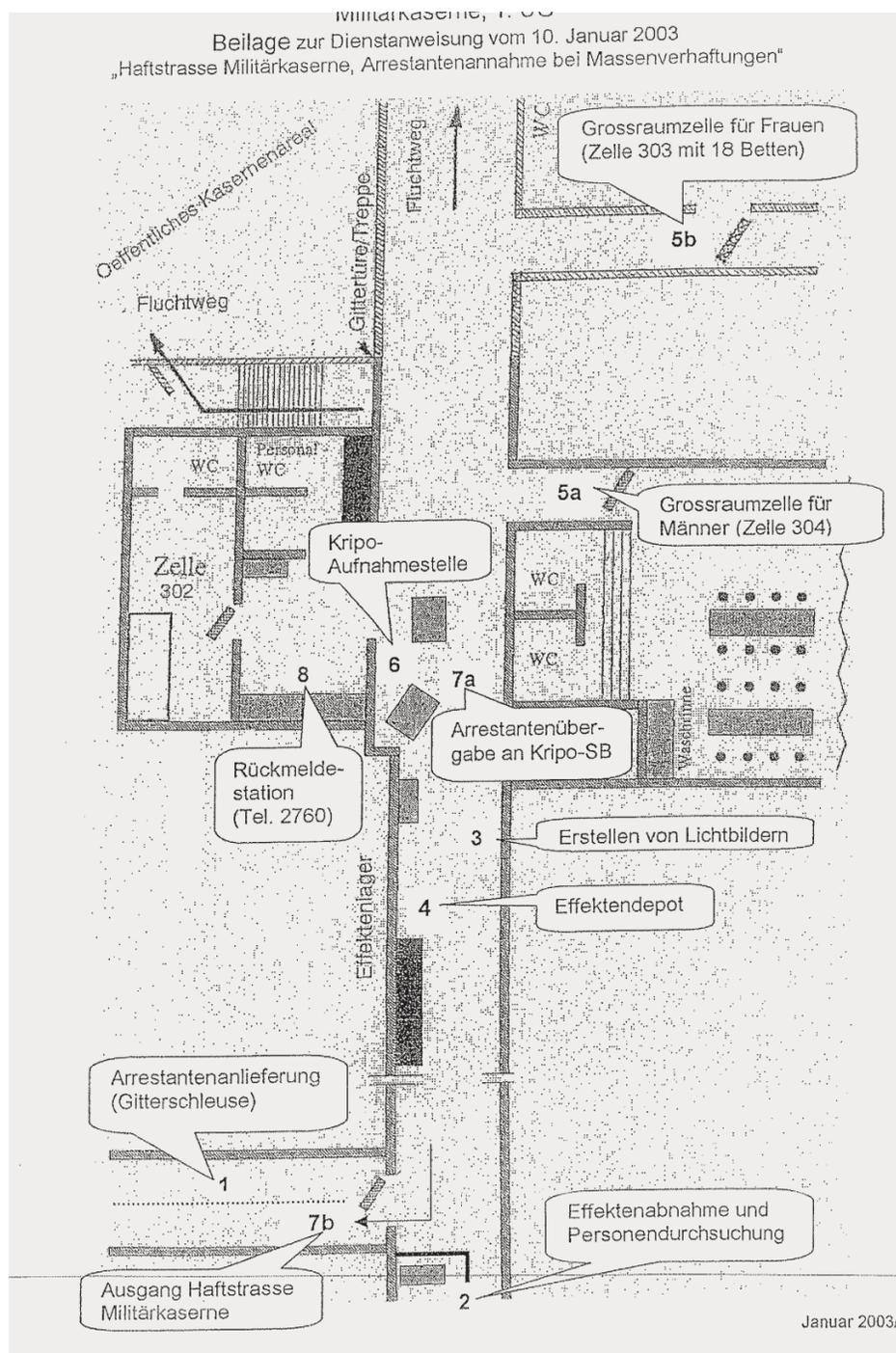
Was hat sich für die von Repression und Prävention betroffene Bevölkerung mit den linken Polizeichef*innen verändert? Hat sich etwas verändert?



JULI: Das neue kantonale Zürcher Polizeigesetz tritt in Kraft: Der Wegweisungartikel wird eingeführt, inklusive der Zürcher

Verschärfung des Rayonverbotes. Die Gesetzesänderung wurde auf Druck der Zürcher Stadtregierung vorangetrieben.

in Bern die Gunst der Stunde genutzt und befristet die verfassungswidrigen Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen eingeführt. Seither müssen sich die Fans nebst Strafverfahren auch mit Rayonverboten, von der Polizei beantragten Stadionverboten, Meldeauflagen, Ausreiseperrnen und der nationalen Datenbank Hoogan herumschlagen. Nach der EM wurden die Bestimmungen, um der Verfassung zu genügen, in das sogenannte Hooligankonkordat überführt, welches schon nach wenigen Jahren verschärft wurde. Die Stadtpolizei hat die Instrumente, welche die neue Hooligangesetzgebung bereitstellte, von Beginn an rege angewandt und die Fans mit Rayonverboten eingedeckt. Die Fans wurden überwacht, fotografiert, gefilmt und zusätzlich in der eigens geschaffenen städtischen Datenbank Gamma, welche inzwischen wieder aufgegeben wurde, fichiert.



haben ihm das Polizeidepartement aufs Auge gedrückt. Damit hatte wohl weder er noch hatten wir wirklich gerechnet. 2014 hätte er ins Tiefbauamt wechseln können und hat dies nicht gemacht. Er ist bewusst bei der Polizei geblieben, und zwar aus Überzeugung. Er ist der Ansicht, dass er in diesem Amt mehr bewirken kann als im Tiefbauamt. Er besetzt nun also «den Posten des Polizeivorstandes von links». «Eine informierte und offene Diskussion» über die Polizei als Institution, «einen «Strategieplan» von aussen, der sich an den Grundrechten orientiert» (so wie das Heiner Busch in seinem Text «Von der Macht erobert» fordert → S. 3) ist aber weit und breit nicht in Sicht. Ich befürchte, dass weder die parlamentarische noch die ausserparlamentarische Linke in Zürich fähig und willens sind, eine solche Diskussion auch nur zu eröffnen. Weder SP noch Grüne, aber auch nicht die AL, wollen ernsthaft die Macht erobern. Sie besetzen einfach den Posten und haben damit die Seiten gewechselt. Damit wurden sie (wir) von der Macht erobert.

Manuela Schiller

Manuela Schiller ist Rechtsanwältin in Zürich und AL-Mitglied. Sie trug die Entscheidung, in die Exekutive zu gehen, mit und meint heute, dies sei ein Fehler gewesen. Sie bezweifelt, dass die AL aus diesem Fehler die notwendigen Konsequenzen ziehen wird.

1. ARRESTANTENANLIEFERUNG (GITTERSCHLEUSE)
2. EFFEKTENABNAHME UND PERSONENDURCHSUCHUNG
 - Entfernen der Rückenfesseln
 - Grobe Personendurchsuchung (nur Abtasten)
 - Abnahme aller Effekten (auch sämtliche Raucherutensilien)
 - Beigabe «Flyer» in den Effektsack mit Hinweis: «Vor Zuführung des Arrestanten an Untersuchungsbehörde ist eine genaue Leibesvisitation durchzuführen»
3. ERSTELLEN VON LICHTBILDERN
 - Ausfüllen des Formulars Personenfotografie (Name, Vorname, Geburtsdatum, Fotozeit)
 - Lauf-Nr. auf Handrücken des Gefangenen schreiben
 - Brustbild (Polaroid) mit Lauf-Nr., Name und Fotozeit versehen und in Effektsack legen
4. EFFEKTDENPOT
 - Effekten mit Brustbild auf Boden deponieren
 - Ordnen nach Arrestanteneingang
 - Effektenverwaltung durch Kriminalpolizei
- 5A GROSSRAUMZELLE FÜR MÄNNER
- 5B GROSSRAUMZELLE FÜR FRAUEN
6. KRIPO-AUFNAHMESTELLE (DATENERFASSUNG)
 - Vorführung der Gefangenen durch PGA-SZ auf Anweisung der Kripo
- 7A ARRESTANTENÜBERGABE AN KRIPO-SACHBEARBEITER
- 7B AUSGANG HAFTSTRASSE MILITÄRKASERNE
 - die Arrestanten sind über diesen Ausgang wegzuführen
8. RÜCKMELDESTATION
 - Rückmeldungen über Entlassungszeiten oder Zuführung der gefangenen Person an Untersuchungsbehörde (Tel. 2760)

Quelle: Dienstanweisung vom 10. Januar 2003 bezüglich der «Haftstrasse Militärkaserne», Arrestantenannahme bei Massenverhaftungen, Kantonspolizei Zürich

LESSONS FROM THE BAY

San Francisco gilt als progressive Stadt par excellence, ein Zufluchtsort für Querdenker*innen, LGBTQs, Punks, Immigranten aus Lateinamerika, Asien oder den konservativen Weiten der USA, wo Donald Trump mit der SVP um die Wette strahlt und die Jobs längst abgewandert sind. Doch kann die City that knows how ihr progressives Versprechen auch halten? Ein Augenschein in Zürichs Schwesterstadt.

Wie Zürich und andere Global Cities, die es im internationalen Standortwettbewerb geschafft haben, sich als Zentren von Corporate Headquarters und einer vibrierenden Kunstszene zu positionieren, steht San Francisco im kollektiven Bewusstsein exemplarisch für eine progressive, linke und urbane Stadt. Der Bürgermeister, eine Marionette des Silicon-Valley-Barons Ron Conway und der Tech-Industrie, ist ein ehemaliger Stadtteilaktivist, und der Sheriff ein Linker, der sich damit rühmt, der einzige Polizeivorsteher mit einem gerahmten Foto von Angela Davis im Büro zu sein. Während ich an diesem Text schreibe, hat der Stadtrat San Francisco gerade einstimmig als «Sanctuary City» bestätigt und sich damit gegen die Verfolgung und Ausschaffung ihrer papierlosen Bewohner*innen ausgesprochen.

Doch während ihr progressives Image jedes Jahr Hunderttausende Touristen und Neuzuzügerinnen anlockt, werden nicht-weiße und weniger zahlungskräftige Gruppen in einem nie gekannten Tempo und Ausmass aus der Stadt gefegt. Als neuer Tech-Hub und Schlafstadt für das nahe gelegene Silicon Valley wartet San Francisco heute mit dem teuersten Wohnungsmarkt Nordamerikas auf und ist gleichzeitig die US-Grossstadt mit den zweitgrössten und am schnellsten wachsenden Lohnungleichheiten. Inmitten Latte-schlürfender Techies im Kapuzenpulli, protestierender Latin@-Familien, Drag-Queens, Google-Bussen und Tausenden Obdachloser dauert es nicht lange, bis man begreift, dass man sich hier in einem eigentlichen Ground Zero neoliberaler Feuchträume befindet. Doch obgleich die BlackLivesMatter-Bewegung und Proteste gegen die Hyper-Gentrifizierung in San Francisco (zum Beispiel Google-Bus-Blockaden) im letzten Jahr zunehmend ins mediale Rampenlicht gerückt sind, werden die immannten Zusammenhänge von (rassistisch motivierter) Polizeigewalt und der zunehmenden Kriminalisierung unerwünschter Gruppen und «progressiv» injizierten Aufwertungs- und Verdrängungsprozessen oft unter den Teppich gekehrt. Der betroffenen Bevölkerung muss diese Verbindung hingegen nicht erst erklärt werden, wie wir bei einem Rundgang durch die gentrifizierungsgeplagten Quartiere San Franciscos sehen werden.

Streetlife Nodes meets Sit&Lie

Beginnen wir im Mid-Market-Quartier, dem neuen steuerbegünstigten «Dot-Com-Korridor», wo sich neben dem Twitter-Headquarter ein gutes Dutzend weiterer Tech-Firmen niedergelassen haben. Kräne dominieren hier den Himmel und eilig hochgezogene Luxuswohntürme. Ein Obdachloser schiebt seinen schwer beladenen Karren die Market Street entlang und legt vor dem Twitter-Gebäude eine Pause ein, um den Abfallkübel auf Essensreste und Pfandflaschen zu durchsuchen. Im Innern des Art-Deco-Gebäudes ist Auswahl hingegen das Wort der Stunde. Der neue Delikatesen-Laden, der dort kürzlich seine Tore geöffnet hat, nennt sich schlicht «The Market». Und es ist wahrlich der praktisch einzige Lebensmittelladen in dieser vor Kurzem noch von akutem Leerstand geplagten Gegend, die nun in rasantem Tempo in ein Tech-Mekka verwandelt werden soll. Den oft langjährigen Bewohner*innen der umliegenden Strassen bleibt hingegen nichts anderes übrig, als darauf zu hoffen, dass sich ihr Speiseplan dadurch ebenfalls verbessern wird, wenn auch nur durch den Müllkübel (der viel beschworene Trickle-down-Effekt!).

Nicht weit von hier bieten ältere Frauen asiatischer Herkunft einzelne Cornflakes-Packungen und Dosenahrung zum Verkauf an, an einem zugengelassen leerstehenden Gebäude bröckelt der Verputz ab, und die Polizei ist auch bald zur Stelle, wenn es darum geht, die vielen Obdachlosen und die quasi-offene Drogenszene ein paar Blocks weiter zu treiben oder ihre kläglich Habseligkeiten zu beschlagnahmen. Schliesslich verfügt San Francisco seit 2010 über eine Sit&Lie-Law, ein Gesetz, das es faktisch illegal macht, sich im öffentlichen Raum auf den Boden zu setzen oder gar hinzulegen. Durchgeboxt wurde es notabene mit dem Ruf, die «entwicklungsbedürftigen» Quartiere endlich sauber zu bekommen. Sitzbänke wurden entfernt und zusätzliche Patrouillen eingeführt. Bei der Polizei eingegangene Beschwerden wegen sogenannten «Beeinträchtigungen der Lebensqualität» – dazu gehören Lärmklagen, Graffiti, aber auch «verunreinigte» Gehsteige – haben in diesem Stadtteil mit dem Zuzug der Tech-Unternehmen stark zugenommen, wie Daten des Anti-Eviction Mapping Projects zeigen (das neben dem Rauswurf von Mieter*innen auch dokumentiert und kartographisch in einen Zu-

sammenhang setzt, wo und wann Menschen von der Polizei getötet werden, oder wie Google-Bus-Stops die Zusammensetzung einer Nachbarschaft beeinflussen).

Während das Sich-Hinsetzen und Verweilen der einen kriminalisiert wird, soll es für andere hingegen begünstigt werden. In vielen Quartieren San Franciscos finden sich mittlerweile sogenannte «Parklets». Dabei handelt es sich um städtische Parkplätze, die in öffentliche «Sitzecken» umgewandelt wurden, erkämpft durch spontane und nichtautorisierte Quartiersinitiativen. Während es sich rein theoretisch jede und jeder hier gemächlich machen könnte, befinden sich die Parklets aber meistens direkt vor einem Café oder Restaurant, wodurch sie de facto Teil von privaten und konsumpflichtigen Zonen werden, die obendrein von Privatpersonen gesponsert und instand gehalten werden. Mehr städtische Lebensqualität, ja sicher – aber eben nur für die einen.

In diesem Licht ist auch eine neue Initiative für eine «Better Market Street» zu sehen, die mit einem Plan zur Belebung des Mid-Market-Quartiers aufwartet, der kubusförmige Outdoor-Sitzgelegenheiten bereitstellen möchte. Diese «Streetlife Nodes», wie es im völlig unverblühten Tech-Jargon heisst, sollen zu Interaktion, Begegnung und Wissensaustausch einladen. Die Strasse wird so zu einer Erweiterung des Dot-Com-Büros, wo Tech-Workers informelle Meetings abhalten oder sich mit ihren Smart-Devices über virtuelle Nodes mit den entsprechenden Netzwerken verbinden können. Das Alarmierendste an diesem Vorhaben sind aber nicht die Bäume und Sitzgelegenheiten, die ja an sich eine gute Idee wären, sondern, wie der Kulturschaffende Eric Lyle kürzlich sehr treffend bemerkte, dass dieser Plan ganz darauf zu setzen scheint, dass man die Obdachlosen, die in diesem Szenario nicht vorgesehen sind, nun doch endlich und tatsächlich aus dem Weg räumen wird.

Frisco to Ferguson: Justicia para Alex Nieto y Amilcar Perez-Lopez

Wenn wir nun weiter der parallel zur Market Street verlaufenden Mission Street entlang gehen, landen wir dort, wo die im Tech-Sektor Beschäftigten wohnen möchten – und wo die repressive Toleranz und die sensiblen Befindlichkeiten der neuen zahlungskräftigen (und weissen) Bewohnerschaft manchmal

2010



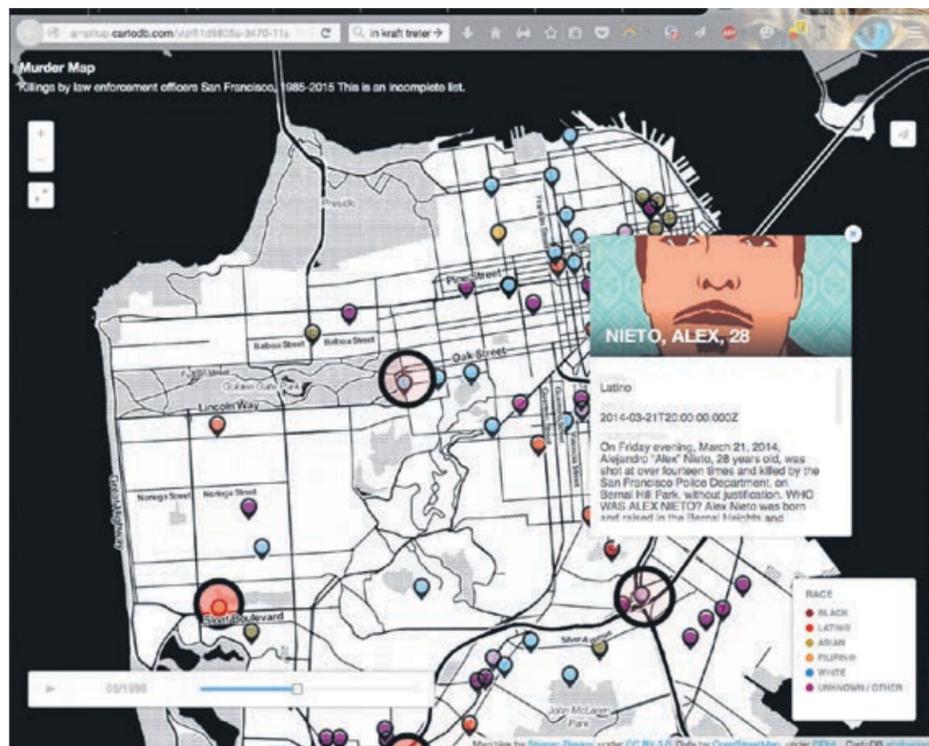
Daniel Leupi (Grüne) übernimmt das Polizeidepartament, 2013 wird er Finanzvorstand.

MÄRZ:

Probetrieb «Hotel

Suff» (Aussüchtungsstellen) startet.

JUNI: Nach dem Fichenskandal 1989 nun der 2. Akt derselben Geschichte: In der Staatsschutz-Datenbank sind wieder 200 000 Personen registriert. (→ S. 25)



Stadtplan der Morde durch staatliche Ordnungskräfte (1985–2015). Screenshot: Anti-Eviction-Mapping-Project

tödliche Folgen für die angestammten Bewohner*innen des traditionellen Latin@-Quartiers haben. Aber gehen wir zuerst in den einst verrufenen Dolores-Park, wo der neue Mainstream längst überhandgenommen hat. Dicht gedrängt sitzen hier jedes Wochenende in lockerer Freizügigkeit die Massen, trinkend und Joint rauchend, von der Polizei meist unbehelligt. Und falls

vorgekommen, und die herbeigerufene Polizei hatte nicht lange Federlesen gemacht und den 28-Jährigen mit mehr als einem Dutzend Kugeln erschossen. Wie oft in solchen Fällen sind die Umstände seines Todes nicht vollständig geklärt, doch der Zusammenhang zwischen seinem Tod und den Vorgängen in der Mission, wo Alex Nieto aufgewachsen ist, war nicht nur für seine Freunde, Familie und Nachbarinnen offensichtlich. Während der Tech-Boom die Miet- und Immobilienpreise in immer schwindelerregendere Höhen treibt (der städtische Durchschnittspreis für eine Einzimmerwohnung liegt mittlerweile bei stolzen 3500 US-Dollar pro Monat), und die Neuzuzüger*innen immer weisser und reicher werden, laufen Menschen wie Alex Nieto plötzlich Gefahr, in den vertrauten Strassen nicht mehr ins Bild zu passen. Mit manchmal tödlichen Konsequenzen.

Auch Amilcar Perez-Lopez wurde kürzlich von der Polizei erschossen, auch er Latino, und auch dieser Vorfall ereignete sich in der Mission, nicht weit von seiner Wohnung, wo er zusammen mit andern papierlosen Immigranten aus Guatemala lebte. Die verantwortlichen Zivilpolizisten warteten erst mit einer Geschichte auf, nach der Amilcar sie mit einem Messer bedroht haben soll. Eine unabhängige Autopsie hat aber ergeben, dass dem erst 21-jährigen Amilcar viermal in den Rücken geschossen wurde. Leider sind das keine Einzelfälle. Das Anti-Eviction Mapping Project listet für den Zeitraum von 1985 bis heute (in einer unvollständigen Zusammenstellung) 95 Todesopfer in Folge Polizeigewalt auf. 70 Prozent davon sind People of

Color, 40 Prozent sind schwarz. Gleichzeitig machen African-Americans aber gerade noch 6 Prozent der Stadtbevölkerung aus (1970 waren es noch 13 Prozent). Wenn man dann noch berücksichtigt, dass 56 Prozent der Insassen in den städtischen Gefängnissen schwarz sind und in den letzten zehn Jahren allein im Mission Quartier rund 8000 Latin@s ihr Zuhause verloren haben, dann wird klar, dass das progressive Image der Stadt mehr der Stadtvermarktung und Spekulanten als ihren Bewohner*innen dient.

Nicht lange nach Amilcars Tod fanden erneut Proteste in seinem Andenken statt, diesmal vor seinem Wohnblock, wo eine Wohnung für über 4000 Dollar zur Vermietung ausgeschrieben war. Seine Mitbewohner waren zu diesem Zeitpunkt längst aus der gemeinsamen Wohnung gekickt worden. Wie förderlich der Tod von rechtlich geschützten Mieter*innen dem spekulativen Immobilienmarkt sein kann, auch darin hat die Stadt San Francisco langjährige Erfahrung (man denke nur an die Aids-Krise). Manchmal reicht aber auch ein Anruf der neuen Nachbarin, die sich beim Vermieter über spielende Latin@-Kinder im Hinterhof beklagt. Oder die Developers von Luxusapartements beteiligen sich gleich personell an Initiativen wie der «Clean up the Plaza Campaign», die den zukünftigen (und heiss umkämpften) Standort von neuen Edellofts in der Mission bereits in vorausseilendem Gehorsam «säubern» möchte.

Lebensqualität im neoliberalen Trallala

Im Polizeidepartment wird derweil analog zu Zürich gerade ein neuer Knast geplant, und der «linke» Sheriff und seine Mannen haben gleich mit mehreren Skandalen zu kämpfen (zum Beispiel publik gewordene ur-rassistische SMS von mehreren Polizeibeamten und gladiatorenartig inszenierte Essenskämpfe in einem Gefängnis). Gleichzeitig muss sich Sheriff Ross Mirkarimi sich bei den anstehenden Wahlen gegen rechte Herausforderer behaupten, welche die Politik der «Sanctuary City» und weitere linke Errungenschaften auf den Mond schicken möchten. Die Gentrification wird derweil immer mehr auf die andere Seite der Bay nach Oakland ausgelagert, wo sich der neue urbane Mainstream immer tiefer in die traditionell schwarzen Quartiere frisst, die bereits über eine lange Liste von Opfern tödlicher Polizeigewalt verfügen (am bekanntesten ist wohl Oscar Grant). Die «Lebensqualität» der einen, so scheint es, kann sich bei der Einverleibung einer Nachbarschaft als äusserst schlagkräftiges Instrument erweisen. Und die herbeieilende Polizei, die ist eben nicht farbenblind – sondern schafft auf gewisse Weise erst die Bedingungen, unter denen sich der «freie Markt» optimal entfalten kann. Willkommen in der neoliberalen Stadt.

Katja Schwaller

Katja Schwaller ist Emigrantin aus dem konservativen Osten der Schweiz. Sie lebt und arbeitet in San Francisco.

AUS DEN AUGEN – AUS DER STADT?

Die Stadt Zürich äussert sich zufrieden: mit der Aufhebung des umstrittenen Strassenstrichs am Sihlquai im August 2013 konnten viele der damit verbundenen sichtbaren Probleme behoben werden. Der Betrieb der Sexboxen in Altstetten wird von der Stadt als Erfolgsmodell verkauft: Wie sieht die Realität hinter den Schlagzeilen aus?

Die am 1. Juli 2012 teilweise in Kraft getretene Prostitutionsgewerbeverordnung (PGVO) regelt die Einführung kostenpflichtiger Bewilligungsverfahren für die Ausübung der Strassen- und Salonprostitution. Zweck der PGVO ist zuerst der Schutz der Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen des Prostitutionsgewerbes und dann der Schutz der Prostituierten vor Ausbeutung und Gewalt. Weiter dient das Papier dem Schutz der öffentlichen Ordnung und schliesslich dem Gesundheitsschutz der am Prostitutionsgewerbe Beteiligten, der gesundheitlichen und sozialen Prävention (vgl. PGVO: Artikel 1, Absatz a-d).

Zum städtischen Regime gehört seit 2011 auch das Erstellen der Milieudatenbank (MIDA), welches die Registrierung aller Sexarbeitenden zum Ziel hat. Auf der rechtlichen Grundlage der PGVO erfüllt die MIDA den allgemeinen polizeilichen Auftrag zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

«Billettkontrolle»

2013 wurden Ticketautomaten in allen definierten Strichzonen aufgestellt: 5 Franken pro Schicht (für ein Ticket) bezahlen die Sexarbeitenden damit für die «Nutzung des öffentlichen Grundes». Das Ticket muss bei einer Polizeikontrolle, zusammen mit der anfangs Arbeitsaufnahme erworbenen «Bewilligung zur Ausübung der Strassenprostitution», gezeigt werden. Vorbedingung für die Erbringung sexueller Dienstleistungen ist der geregelte Aufenthaltsstatus.

Im Gesetzestext der Bau- und Zonenordnung (BZO, 2013) werden unter anderem die Nutzungsweisen der städtischen Zonen geregelt. Für das Thema relevant sind Zentrumszonen, Quartierhaltungszonen und Kernzonen. Sexgewerbliche Einrichtungen werden eingangs BZO indirekt als übermässig störend definiert.

Faktisch kommt die strikte Umsetzung dieser Regel einem generellen Verbot der Salonprostitution in einem zunehmend grösseren Gebiet des Langstrassenquartiers als auch innerhalb der legalen Strichzone im Niederdorf gleich: Verglichen mit anderen Gewerbetreibenden werden Sexarbeitende damit diskriminiert und aus Gebieten verbannt, in denen sie seit Jahren oder Jahrzehnten zur Realität gehörten. Auf die letzten 25 Jahre zurückblickend kann nicht wirklich von einer kohärenten

Prostitutionspolitik der Stadt die Rede sein: Das Hin und Her zwischen Repression und Toleranz, nach dem Motto «Erlaubt ist, was nicht stört», erklärt sich damit, dass oft auf Drängen eines Teils der Wohnbevölkerung politisch und polizeilich eingegriffen und die Verschiebung der sichtbaren Prostitutionsstätten durchgesetzt wurde. Dies geschah meist mittels Wegweisungen und Bussen.

«Lasst uns die Sexarbeit machen, die wir wollen, oder fickt euch selber!»

Die Stadt bezeichnet PGVO und BZO als Erfolg. Die Kehrseite bezeugen Berichte von Fach- und Anlaufstellen für Sexarbeitende und der Akteur*innen selbst. Sexarbeitende sind seit der vollständigen Inkraftsetzung der PGVO vermehrt Repression ausgesetzt und werden im Zuge der «sozialen Säuberung» durch Quartieraufwertungsprojekte und von der stark erhöhten Polizeipräsenz im Milieu mittels Wegweisungen und Bussen gemassregelt. Die konsequenter Durchsetzung der «50-Prozent-Bestimmung» seit 2013 und die Redimensionierung der gesamten Strichzone (ehemals zwölf, heute noch drei Orte) wirken sich stark einschränkend aus auf die Sexarbeitenden. Insgesamt führten die Restriktionen in den letzten zwei Jahren zur Halbierung der sichtbaren Strassenprostitution. Wohin die zuvor zahlenmässig stärker vertretenen Akteur*innen innerhalb der Zürcher Strassenprostitution tatsächlich «abgewandert» sind, ist unklar.

Da die Nachfrage nicht zeitgleich nachgelassen haben wird, drängt sich die

SEXARBEIT:

«Sexarbeit» steht für die sozialrechtliche Anerkennung der Prostitution als Arbeit. Da der Begriff voraussetzt, dass ein Paradigmenwechsel stattgefunden hat, findet im Text sowohl der Begriff «Prostitution» wie auch aus Respekt gegenüber im Sexgewerbe Tätigen der Begriff «Sexarbeit» Anwendung. Die Akteur*innen des Sexgewerbes sind zum Grossteil Frauen, aber auch Transweiblich- und Männlichkeiten, Transfrauen und –männer und Männer hetero-, bi- und homosexueller Ausrichtung. Weil die öffentliche Debatte von der expliziten Fokussierung auf die Frauenfigur geprägt ist, vermeide ich explizite Geschlechtszuordnungen.

starke Vermutung auf, dass sich zumindest ein Teil dieser Menschen schlicht der Sichtbarkeit entzieht. Dies geschieht sowohl durch Auslagerung des Milieus in die Peripherie als auch durch Abdrängung in die Illegalität. Die Unsichtbarkeit schwächt Sexarbeitende in ihrer Unabhängigkeit und Selbstbestimmung: bestehende Abhängigkeitsverhältnisse verschärfen sich.

Für illegalisierte Sexarbeitende gilt dies in besonderem Masse: von den als «Schutzmassnahmen» propagierten Neuerungen sind sie ohnehin ausgeschlossen. Die «Zweiklassengesellschaft» wird damit verstärkt, nicht abgebaut!

Sekundäre Profiteure wie Vermieter, Zuhälter und Bordellbetreibende können durch die neu geschaffene Monopolisierung an weniger werdenden legalen Anschaffungsorten mehr Macht geltend machen (Beispiel Wuchermieten, übrissene Abgaben, Bestimmung der Modalitäten sexueller Dienstleistungen).

Rot-grüne Prostitutionspolitik

Wie gesagt: rückblickend auf die letzten 25 Jahre kann nicht wirklich von einer kohärenten Prostitutionspolitik der Stadt die Rede sein: Das Hin und Her zwischen Repression und Toleranz erklärt sich damit, dass immer dann politisch und polizeilich eingegriffen wurde, wenn der öffentliche Druck dies verlangte. Die Verschiebungen der sichtbaren Prostitutionsstätten innerhalb dieser Zeitspanne an unterschiedliche Orte geschah oft auf Drängen eines Teils der Wohnbevölkerung.

Anfangs der 1990er-Jahre entstanden diverse unabhängige Sozialprojekte, wie zum Beispiel das Atelier Purpur und das HERRMANN (ZAGJP/Gassenarbeit), welche gesellschaftlich tragende Rollen mit Pufferfunktion einnahmen und gewissermassen regulierend wirkten durch ihre Präsenz an den Hotspots. Verbindendes Element dieser Projekte war das Grundverständnis parteiischer Unterstützungsarbeit. Das erklärte Ziel dieser niederschweligen Anlauf-, Beratungs- und Informationsstellen und Treffpunkte war die Erhaltung und Förderung einer grösstmöglichen Selbstständigkeit und Selbstbestimmung der Akteur*innen. Gesellschaftlich wurden diese zu grossen Teilen mitgetragen und waren insbesondere mit der linken Szene verflochten. Heute steht die grosse Mehrheit sozialer Projekte unter der Regie der städtischen Sozialarbeit.

NOVEMBER: Der Gemeinderat bewilligt die Verlängerung des «Hotel Suff» bis 29.2.2015 und stellt gleichzeitig den Betrieb des Vermittlungs- und Rückführzentrums (VRZ) ein. Das VRZ bestand seit der Auflösung der offenen Drogenszene und diente der Rückführung der auswärtigen Junkies.

doch einmal eine Patrouille auftaucht (in den USA ist Trinken im öffentlichen Raum schliesslich verboten), sind wir aus Zürich geschult genug, um genau zu wissen, wen sie kontrollieren werden. Latin@s haben sich in jüngster Zeit zunehmend beschwert, dass weisse Yuppies ihren Park einnehmen und jede Menge Müll und Lärm produzieren, während sie bei einem ähnlichen Verhalten mit allerlei Konsequenzen rechnen müssten.

Nicht weit von hier, in Bernal Heights, wurde letztes Jahr Alex Nieto von der Polizei ermordet, als er in seiner Pause als Wachmann auf einer Parkbank sass und seinen Lunch verzehrte. Als Latino war er einem anderen Parkgänger verdächtig

Nach einer Einschätzung zur heutigen Situation gefragt, mit Rückblick auf die letzten 25 Jahre «Prostitutionspolitik» der rot-grün regierten Stadt Zürich, ergab sich aus den Antworten unterschiedlich involvierter Zeitzeug*innen folgendes Fazit:

Eine staatliche Regulierung und Institutionalisierung des Sexgewerbes fördert die Selbstbestimmung von Sexarbeitenden kaum. Im Gegenteil, sie steht dem Ansatz der Selbstregulation entgegen. Die zunehmend kontrollierte und reglementierte Sexarbeit verschiebt sich ins «Private», entzieht sich der Sichtbarkeit, was insbesondere den Zugang für unterstützende Projekte erschwert und die Ausbeutung der illegalisierten Sexarbeiter*innen begünstigt.

Die restlose Entkriminalisierung von Sexarbeit und Sexarbeitenden würde hingegen bedeuten, dass allen Dienstleistenden im Sexgewerbe die gleichen Rechte zuteil werden. Die dringend nötige arbeitsrechtliche Anerkennung von Prostitution und die damit verbundene Entkriminalisierung von Sexarbeit stehen weiterhin aus. Obwohl Prostitution legalisiert ist, wird sie streng und oft mit strafrechtlichen Mitteln reguliert, anstatt übers Zivil- oder Gewerberecht.

Die Sexarbeitenden sind in ihrer Autonomie stark beschnitten. Die 2013 (un-)angepasste Prostitutionsgewerbeverordnung ist diskriminierend und hat zu einer Verschlechterung der Lage der im Sexgewerbe tätigen Menschen geführt. Dies gilt insbesondere für illegalisierte Sexarbeiter*innen.

Eine progressive Prostitutionspolitik würde konsequenterweise die restlose Entkriminalisierung von Sexarbeit und Sexarbeitenden anstreben mit dem Ziel, für alle Dienstleistenden im Sexgewerbe gleiche Rechte zu schaffen. Die explizite Unterstützung des legalen Teils der Sexarbeitenden vergrössert die Not der illegalisierten Sexarbeiter*innen!

Ladina

Mehr Hintergrundinfo zu Sexarbeit/Prostitution unter antidotincl.ch

Ladina dankt allen, die in irgendeiner Weise zur Entstehung dieses Textes beigetragen haben! Ganz besonders meiner unermüdeten Gesprächspartnerin für die Erweiterung meines Vorstellungshorizontes!

SP-GENOSS*INNEN UNTERSTÜTZEN SCHNÜFFELSTAAT

Der Fichenskandal scheint vergessen. Die neuesten Gesetze sollen grossflächiges Belauschen und den Einsatz von Spionagesoftware ganz legal zum Alltag von Polizeien und des Geheimdienstes machen.



2012
JULI: Inkraftsetzung Prostitutionsgewerbeverordnung (PGVO); die Strichzonen werden von 12 auf 3 reduziert (Altstetten, Niederdorf, Brunau) (→ S.23)

2010: Schon wieder 200 000 auf dem Radar

Es dauerte keine zwanzig Jahre bis zum nächsten kleinen Fichenskandal: Im Jahr 2010 wurde bekannt, dass schon wieder 200 000 Personen in der BWIS-Datenbank ISIS gespeichert sind. Da aus dem ersten Skandal keine personellen Konsequenzen gezogen worden waren, wurde mit derselben paranoiden Haltung weitergearbeitet. Die grösste Massenfichierung geschah nach dem so genannten «Landquart Kessel»: Auf der Heimreise von einer bewilligten Demonstration in Chur wurde ein Zug voller Teilnehmer*innen in Landquart gestoppt und sämtliche Passagiere mit Einsatz massiver Gewalt zur Personenkontrolle in eine Tiefgarage getrieben. Die Bündner Behörden mussten die Daten der Personenkontrolle nachträglich löschen, leiteten diese zuvor aber nach Bern. So wiederholte sich das Szenario des Kalten Krieges: Etliche Personen, die im legalen Rahmen politisch aktiv waren, landeten in der Staatsschutz-Kartei. Auf Intervention der für die Aufsicht zuständigen Delegation der Geschäftsprüfungskommission (GPKDel) mussten erneut 180 000 Datensätze gelöscht werden.

Gesetz für mehr Überwachung scheitert – an der SVP

Obwohl auch von der zweiten Fichenafläre noch viele Linke betroffen waren, hatte inzwischen die Skepsis bei der SP gegenüber zusätzlichen Kompetenzen für den Geheimdienst abgenommen. Der erste Versuch, das «Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit» (BWIS II) heftig zu verschärfen, scheiterte 2009 im Parlament, allerdings vor allem dank der SVP, die mit ihrer Opposition ihrem ungeliebten Bundesrat Schmid eins auswischen wollte.

Computer hacken, mitlesen und -hören: Alles erlaubt

Was damals noch abgelehnt wurde, kam in neuer Auflage 2013 nochmals vors Parlament. Das Nachrichtendienstgesetz (NDG) sollte der politischen Polizei wieder erlauben, was vor ein paar Jahren noch kritisiert wurde: Telefongespräche abhören, E-Mails mitlesen, mit Staatstrojanern in Computer eindringen und Wohnungen verwanzen. Mit dem Argument der Terrorgefahr soll nun alles möglich werden, was sich ein Geheimdienst wünschen kann.

Auch die «normale» Kriminalpolizei soll mehr Mittel zur Überwachung bekom-

men. Im Herbst 2015 segnete das Parlament die neue Version des Bundesgesetzes betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF) ab. Das Gesetz aus der Küche des Justizdepartements von SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga erlaubt den Einsatz von Schnüffelsoftware (Trojaner), Massenüberwachung (IMSI-Catcher) und zwingt Telefonfirmen, Kommunikationsdaten ein Jahr lang aufzubewahren.

Sowohl gegen das BÜPF wie das NDG wird es ein Referendum geben. Die SP unterstützt zwar das Referendum gegen das NDG, macht aber in der Kampagne gegen das BÜPF nicht mit (wohl aber die Jusos).

Dort, wo Sozialdemokrat*innen an der Macht sind, herrscht ein unverkrampftes Verhältnis zur Massenüberwachung: Der Zürcher SP-Regierungsrat Mario Fehr lässt Staatstrojaner und IMSI-Catcher auch ohne Gesetz einsetzen. Und SP-Justizministerin Sommaruga ging mit der Versöhnung sogar noch einen Schritt weiter: Der für zwei Fichenskandale verantwortliche Geheimdienstchef Urs von Däniken wurde von ihr angestellt, um für das Staatssekretariat für Migration Armeeunterkünfte für Flüchtlinge zu finden.

Rolf Zopf

Rolf Zopf ist Informatiker in Zürich. Er engagiert sich für Grundrechte.

DAS ARSENAL DER ÜBERWACHER

Fichen: Karteikarte, die über total 900 000 Menschen und Organisationen angelegt worden waren.

Kabelaufklärung: Absaugen und Analysieren des ganzen Internet-Verkehrs (Mails, Telefonate, Facebook, ...).

IMSI-Catcher: Gerät, mit dem sich alle Mobiltelefone innerhalb eines bestimmten Rayons feststellen und abhören lassen.

Trojaner: Software, die sich auf einem PC versteckt und mit der man alles mitlesen und abhören kann. Wird von Dieben, Geheimdiensten und Polizeien verwendet.

BÜPF: Neues Gesetz über das Abhören und Mitlesen von Post, Mails und Telefonaten. Im Herbst 2015 vom Parlament verabschiedet. Es wird ein Referendum geben.

NDG: Nachrichtendienstgesetz. Im Herbst 2015 vom Parlament genehmigt. Es wird ein Referendum geben.

Inserate

augenauf 
kämpft für grund- und menschenrechte
PC 80-70000-8 www.augenauf.ch

«SIE KAMEN AM FRÜHEN MORGEN,
SIE KAMEN MIT GESCHREI,
DER MORGEN WAR VERDORBEN,
DENN ES WAR DIE POLIZEL.»

VEREIN RADIKALER LANGSCHLAFENDEN

Buchhandlung im Volkshaus

Stauffacherstrasse 60
8004 Zürich
Telefon 044 241 42 32
Telefax 044 291 07 25
www.volkshausbuch.ch
info@volkshausbuch.ch

Politik, Psychoanalyse, Literatur

Marx, Freud, Jelinek

Lesungen, Buchvernissagen und Gespräche in der Katakomben



Die Geschichte der Zürcher Häuserbewegung wird anhand von original Film-, Bild-, Musik- und Ton-Dokumenten erzählt, die in achtjähriger Recherche und zahlreichen Gesprächen mit Aktivist*innen zusammengetragen wurden. Weder die 80er-Bewegung noch die Besetzung der Wohlgröth-Fabrik fielen vom Himmel. Dazwischen liegen die vielseitigen Aktivitäten des Zürcher Häuser-Netztes (Herbst 86 bis Ende 87) und der kurze Frühling der 89er-Wohnungsnotbewegung. Durch die ganze Filmreihe zieht sich auch die Geschichte der Drogenszene – der Gasse. Die Geschichte der Häuserbewegung wäre unvollständig ohne sie. Alle mussten Stellung beziehen, wie sie zum Umgang mit illegalen Drogen standen und welchen Platz die Konsument*innen dieser Drogen beanspruchen konnten.

Die DVD-Box (5 DVDs/Booklet) kann zum Preis von CHF 50.– direkt bestellt werden (www.zureich.ch), ist aber auch in ausgewählten Buchhandlungen und weiteren Läden erhältlich (Liste siehe website)

ZUREICH
www.zureich.ch

HÄUSER IM DORNROSCHENSCHLAF

Besetzer*innen haben regelmässige Kontakt mit ihren liebsten Staatsangestellten. Eine Analyse der Veränderungen des Polizeiverhaltens gegenüber und aus Sicht von Besetzer*innen, basierend auf langen Gesprächen.

1990: Die Wohnungsnotbewegung des Vorjahres ist bereits Geschichte, in der Gemeindepolitik hinterlässt sie jedoch ein realpolitisches Vermächtnis: Die bürgerlich dominierte Exekutive übernimmt im Juli 1989 das als Genfer Modell bekannte Prinzip, besetzte Häuser erst zu räumen, wenn mit den Bauarbeiten begonnen wird oder Mietverträge bestehen. Das ist eine Folge der Welle von Hausbesetzungen durch Aktivist*innen, darunter viele, die bisher nicht aktiv und der Polizei nicht bekannt waren. Die Polizei musste

2013

JANUAR: Inkrafttreten der Bestimmungen zu den Bewilligungsverfahren für Strassen- und Salonprostitution sowie die revidierte Bau- und Zonenordnung.



JUNI: Richard Wolff (Alternative Liste) wird Stadtrat und ins Polizeidepartement geschoben, welches er mittlerweile (gemäss eigener

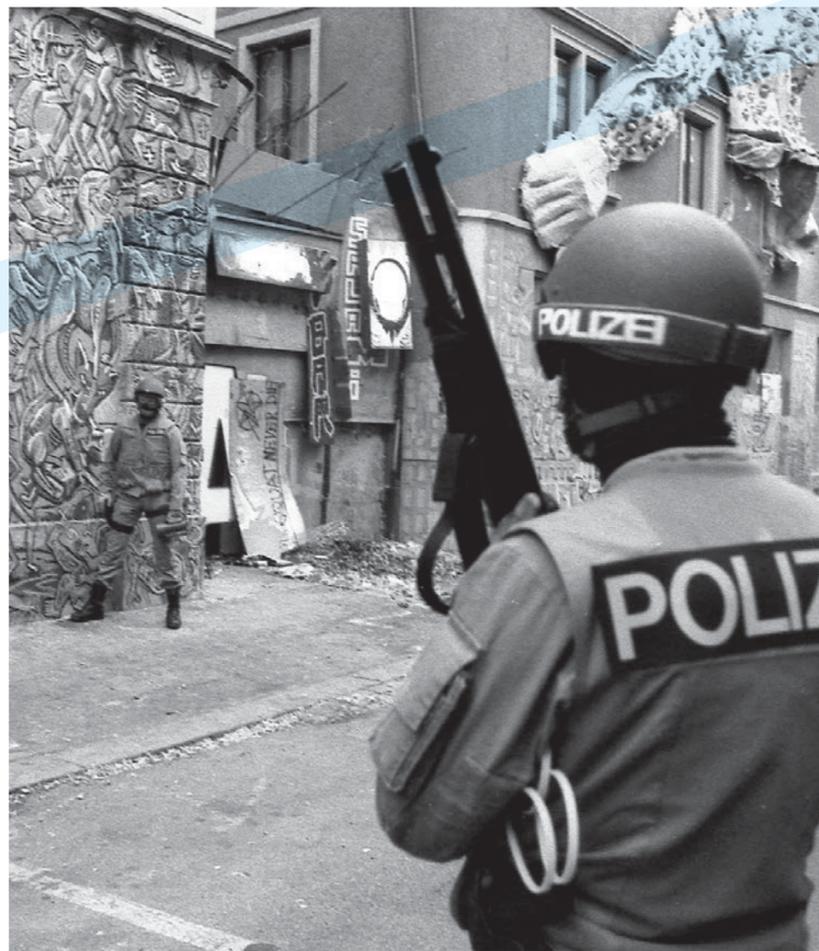
Aussage) lieb gewonnen hat. 2014 wird er im Amt bestätigt.

diverse Häuser teilweise mehrmals kurz hintereinander räumen. Die Wohnungsnotbewegung genoss in Zürich die Sympathie und (indirekte) Unterstützung anderer Strukturen – politische Parteien wie die SP und Verbände wie der Mieterverband waren selber in der Wohnungsfrage aktiv.

«Als Rot-Grün noch nicht selber an der Macht war, haben die einige Sachen total mitsupportet. Für mich ist das im Retourblick total markant, dass beispielsweise die SP Themen aufgriff, die wir auf den Tisch geworfen haben. Heute ist das anders: Wenn wir mal wirklich ein Anliegen haben, gibt es ein Zückerchen, aber wir müssen auch etwas geben, wie beim Kochareal.»

Geduldete Besetzungen

Keine Räumung auf Vorrat: das genügte einer Mehrheit der Besetzer*innen bereits. Sie waren zufrieden mit dem Erreichten und richteten sich in ihren Häusern ein. Erst ab diesem Moment konnte sich in Zürich eine eigenständige Kultur innerhalb der besetzten Häuser entwickeln. Diese Subkultur bewegte sich mit der Zeit teilweise von ihren Wurzeln weg hin zu einem eigen-



23.11.1993: Die Wohlgroth (1991–1993) wird geräumt. Spezialeinheit «Skorpion» im Einsatz (nix Gummi im Gewehr). Foto: Miklós Klaus Rózsa, Multimedia Photoscene AG

ständigen Kosmos, in dem – obwohl immer eng mit der ausserparlamentarischen Linken verknüpft – nicht mehr zwingend eine politische Aktivität ausgeübt wurde.

«Durch die rot-grüne Politik wurde das Besetzen immer einfacher und zog viele Leute an. Gleichzeitig sind wir auch die nützlichen Idioten der Regierung. Wir sind das Druckmittel, das die Stadt gegenüber Liegenschaftsbesitzern hat. Wenn sie sofort räumen würden, weisst du, wie viele Häuser zugemauert leer stehen würden? Das ist zuletzt im Interesse von Rot-Grün. Deshalb lassen sie uns auch weiterhin besetzen.»

Die Stadt duldet nun auch die Besetzung von grösseren Objekten (Friedens-

gasse, Wohlgroth), die sich auch dank ihrer längerfristigen Perspektive zu Treffpunkten der alternativen Kultur entwickeln konnten.

Burgfriedens

Seit Mitte der 1990er-Jahre gilt in Zürich eine Art Burgfrieden. Besetzungen werden (zumeist) geduldet, die Besetzer*innen verlassen dafür ihre Häuser, sobald mit dem Umbau oder Abbruch begonnen wird oder eine konkrete Neuvermietung ansteht. Auch die Stadtpolizei reagierte auf die neue Situation und schuf den Sicherheitsdienst (Sidi), der unter anderem für Besetzungen zuständig ist. Szenebekanntes Zivilpolizisten sorgen dafür, dass der

Informationsfluss zwischen den beteiligten Parteien Besetzer*innen, Polizei und Stadt garantiert wird.

«Heute gibt es ja Besetzungen, die kontaktieren aktiv die Polizei.»

«Wir kooperieren in dem Sinne: Die Bullen kommen vorbei, schauen, was Sache ist, informieren auch über die Umstände, sie teilen uns mit, wann geräumt wird ...»

Werden die «Regeln» des Burgfriedens seitens der Aktivist*innen missachtet, kommen die blauen Brüder des Sidi, die Ordnungspolizei – und dann gelten andere Regeln.

Nach der Räumung der Wohlgroth im November 1993 gibt es in Zürich wohl noch einzelne besetzte Häuser, aber erst mit der Besetzung der Badenerstrasse 89 2001 (bekannt als «Egocity») gewinnt die Bewegung wieder an Schwung. Seither war immer wieder ein grösserer Ort besetzt, der als Treffpunkt dient und Platz für grössere Veranstaltungen (Konzerte, Theater ...) bietet.

Neben dem immensen Kapital, das in Erwartung stolzer Profite in die Immobilien investiert wird, bastelt das rot-grüne Zürich fleissig am Image einer kreativen, aufgeschlossenen Stadt. Zu diesem Image passt eine Besetzer*innenszene. Dieser Platz wird ihr aber nun von den konformistischen und partymässig ausgerichteten Szenen der «Kreativen» und «urbanen Künstler*innen» streitig gemacht. Diese – zwar teilweise subkulturell mit den Besetzer*innen verbandelt – lassen sich auf Zwischennutzungen gegen Miete ein – und dienen gleichzeitig als Feigenblatt und zur Abwehr politischer Besetzungen.

«Früher gab es mehr Gebrauchsleiheverträge. Man hat bezahlt für einen Raum, aber man hat den Besitzer vor Tatsachen gestellt. Das fand ich legitim, aber das gibt es nicht mehr, dafür Zwischennutzungen. Du zahlst jetzt Miete und hast keine Rechte mehr. Und das wird geschluckt.»¹

«Zwischennutzungen, um Besetzer*innen das Wasser abzugraben – darin könnte auch ein Grund für die härtere Gangart der letzten Zeit liegen: Die Häuser in der Stadt werden knapper, wir warten zwar schon lange darauf, aber es ist nicht mehr allzu fern. Das heisst, entweder lässt sich die Häuserbewegung aus der Stadt drängen – oder sie beginnt sich zu wehren.»

In diesem Kontext garantiert die Polizei für Ruhe in der Stadt und die Abmachungen des Burgfriedens, sie steht dann aber bereit, wenn die sozialen Gegensätze sich zuspitzen und allenfalls sogar eskalieren. Die Polizei verteidigt und begleitet die Interessen der übergeordneten Entwicklung Zürichs zur Global City. Das alles soll möglichst schmerzlos vor sich gehen, der bestehende gesetzliche und gesellschaftliche Spielraum wird von den Behörden soweit möglich ausgenutzt. Aber das Gewaltpotential und die Überwachungsmöglichkeiten der Polizei entwickeln sich stetig weiter.

Die Häuserbewegung dagegen befindet sich aufgrund des doch sehr angenehmen bisherigen Zustands (und ihrer schleichen-

2014

FEBRUAR: Die Masseneinwanderungs-Initiative wird mit 50.3% Ja-Stimmen angenommen.
JULI: Änderung des Strafgesetzbuches: Das Mindestalter für legale Prostitution wird von 16 auf 18 Jahre angehoben. Der Schutz von Minderjährigen vor sexuellem Missbrauch wird durch mögliche Bestrafung von Freiern verbessert.

NOVEMBER: Definitiver Betrieb des «Hotel Suff» wird durch Abstimmung genehmigt (66.9% Ja-Stimmen).

OKTOBER: Der Bundesrat beschliesst die Aufhebung des «Cabaret-Statuts» (Tänzerinnen in Nachtlokalen) per 1.1.2016. Nicht hochqualifizierte Frauen aus Drittstaaten konnten mit dieser Bewilligung in die Schweiz einreisen. Nun verlieren sie auch diesen Zugang.

DEZEMBER: Die Stadtpolizei Zürich kauft – gestützt auf eine Verfügung des kantonalen Sicherheitsdirektors Mario Fehr (SP) – für 486 500 Euro eine Überwachungssoftware der Firma «Hacking Team», deren Einsatz gemäss Experten gesetzeswidrig ist. Im Juni 2015 wurde «Hacking Team» gehackt: die Software ist nun wertlos.

Polizeireaktionen werden grösser, wilder, unberechenbarer, rambomässiger.»

Es ist offensichtlich: im Hintergrund steht eine effektive Repressionsmaschine bereit, die immer mal wieder Auslauf erhält.

«Es hat sich angefühlt wie eine Übung.»

Die Polizei rüstet gewaltig auf mit dem gesamten für die Aufstandsbekämpfung notwendigen Material. Die logistische Infrastruktur wird zusammen mit englischen und deutschen Behörden und Firmen weiterentwickelt und getestet.²

Seit Jahren sind Sondereinheiten («Brennpunkt») während 24 Stunden einsatzbereit. Wenn sie zum Einsatz kommen, handeln sie selbstständig und meist unnötig brachial. Nach solchen Einsätzen wird deutlich, was auch nach polizeilichen Alltagseinsätzen durchschimmert: Der rotgrüne Polizeivorstand dient nur der politischen Abfederung der polizeilichen Aktionen, sein konkreter Einfluss auf das polizeiliche Alltagsverhalten ist gering. Die grösste Auswirkung des AL-Polizeivorstandes Wolff besteht darin, dass nun auch noch die letzte parlamentarische Opposition in das System eingebunden und Kritik am Vorgehen der Polizei praktisch verstummt ist.

Mischa Brutschin und Reto Plattner

¹ Die städtischen Behörden haben in den letzten Jahren die Vorteile der Zwischennutzungen entdeckt: So arbeitet die Stadtpolizei Zürich mit der Immobilienfirma Mobimo und dem Startup-Unternehmen Interim zusammen. Alle drei preisen ihre Massnahmen als innovative Anti-Squat-Massnahmen.

² Weitere Infos auf crashkursmarxismus.blogspot.ch (Stichwort: «Panther Command»)

Mischa Brutschin und Reto Plattner fragen sich, wann sich die Häuseraktivist*innen an die sozialen Aspekte ihres Widerstand erinnern.

den Entpolitisierung und Abkoppelung von der restlichen Gesellschaft) in einem mehr oder weniger schmerzlosen Dornröschenschlaf. Dadurch verliert sie ihre Fähigkeit zu Widerstand und bleibt in ihrer eigenen subkulturellen Ecke isoliert.

Isolation

Wird dann doch einmal die von den Behörden bestimmte Toleranzlinie von Aktivist*innen überschritten, führt das subito zu einer heftigen Reaktion. Dieses Drohpotenzial seitens der Polizei wirkt inzwischen präventiv auf die Aktivist*innen, die massive Gewaltbereitschaft der Polizei wirkt einschüchternd. Es würde viel Technik und militärische Massnahmen voraussetzen, sich gegen die potentiell heftige Gewalt der Polizei mit Erfolg zu schützen. In der Öffentlichkeit würden so heftige Auseinandersetzungen nicht verstanden und auch innerhalb der Szene wären sie wohl umstritten – bestenfalls bestünde ein Verständnis für einen allfälligen Wutausbruch bei den engeren Sympathisant*innen. Aber der Graben zur restlichen, mit der sozialdemokratischen Gentrifizierungspolitik vordergründig zufriedenen Bevölkerung würde grösser.

«Ganz lang war immer der Sidi präsent, notierte sich die Besetzung, zuerst war dann die Streifenpolizei vor Ort, dann haben sie den Besitzer aufgetrieben und dann machten sie den Rapport und dann gingen sie. Jetzt ist das anders, sehr wahrscheinlich war der Sidi dafür verantwortlich, dass die Polizei so wie beschrieben vorging. Jetzt, neuerdings, kommt offensichtlich irgendwann der Einsatzleiter und entscheidet, was abläuft – die

SPENDENAUFRAF

Am 15. Januar 2013 lud die SBB zu einem Tag der offenen Tür an der Europaallee, dem prestigeträchtigen Stadtentwicklungsprojekt beim HB Zürich. Zweck: Bewerbung von Luxuswohnungen für kaufkräftige Interessenten. Diese Gelegenheit wurde für einen Protest gegen Gentrifizierung genutzt. Ungefähr 20 Aktivist*innen besuchten die Musterwohnung, die meisten verkleidet und ausgerüstet mit Konfetti und anderen Partyutensilien.

Ein Aktivist, durch Videoaufnahmen identifiziert, wurde wegen Hausfriedensbruch (Betreten der Musterwohnung) und Landfriedensbruch und Diebstahl (Verspeisen von Crissini) vom Bezirksgericht Zürich verurteilt. Ausserdem muss er der SBB einen Schadenersatz im dreistelligen Bereich und eine Busse bezahlen. Angedroht wurden ihm auch die Abnahme von DNA und Fingerabdrücken.

Um seinen finanziellen Schaden einzugrenzen, hat er auf den Weiterzug ans Obergericht verzichtet. Damit er die Gesamtkosten in der Höhe von 6000 Franken nicht alleine bezahlen muss, ist jede Spende hilfreich – auf dieses Konto (mit Vermerk «Europaallee»): antidot.ch, PC 85-615659-1. MERCI!



DER WOLFF UND DIE SIEBEN GEISELN

«Mit Biss» sollte Stadtrat Wolff werden, versprach seine Partei, die Alternative Liste, im Wahlkampf 2013. Wolff gewann und wurde Vorsteher des Polizeidepartments. Doch wer beisst? Und wen?

Zugegeben: Diese Zusammenstellung von Polizeieinsätzen in Zürich im Jahre 2015 ist polemisch. Ich könnte auch darüber schreiben, dass die systematische und öffentliche Jagd der Polizei auf Prostituierte (viele von ihnen sind Roma) an der Langstrasse aufgehört hat und dass es im Oktober zu einem einmaligen Grosseinsatz gegen Mietwucherer im Kreis 4 gekommen ist. Trotzdem zeigen die fünf Beispiele eine neue Qualität der Repression: Die neuen technischen Mittel der Zürcher Stadtpolizei werden dazu benützt, massenhaft Menschen einzukesseln, zu registrieren, während Stunden festzuhalten, in Geiselhaft zu nehmen. Wer sich in der Nähe oder an einem möglichen Fluchttort von «Gewalttätern» (Fussballfans, die Pyros zünden, Menschen, die eine 1. Mai-Nachdemo durchziehen wollen ...) aufhält, riskiert, stundenlang und ohne Grund festgehalten zu werden. Auch Kinder, auch bei eisiger Kälte, auch ...

21.2.2015:

839 (!) FCZ-Fans, darunter auch Kinder, die gemeinsam und unter Abbrennen von Leuchtfackeln und dem Zünden von Böllern zum Stadion an ein Derby gegen den Stadtrivalen GC marschieren, werden eingekesselt, mit Gummigeschossen, Wasserwerfer und Kampfgas angegriffen. Eine Person wird verletzt. Die Menge wird bis zu fünf (!) Stunden bei ungefähr 0 Grad und Schneetreiben auf offener Strasse festgehalten, um Personalien festzustellen. Eine Toilette gibt es nicht.

2015

FEBRUAR: Sechs Stunden lang waren 839 FCZ-Fans im Vorfeld des Zürcher Derbys von der Polizei eingekesselt. (→S. 29)

Zwei Monate zuvor waren Polizeibeamte während einer militanten Aktion gegen Gentrifizierung gefährlich angegriffen und verletzt worden. Der Verdacht, der Kessel gegen FCZ-Fans sei eine Racheaktion gewesen, ist geblieben, zumal der Kessel gemäss Zeugen vorbereitet gewesen ist. (Quelle: Medienberichte, Pressemitteilung der Stapo Zürich)

1.5.2015:

Stadtrat Richard Wolff erntet von Medien und Politik ganz viel Lob für den Polizeieinsatz am 1. Mai 2015 in Zürich. Das in der Geschichte des Ersten Mai in Zürich wohl zahlreichste und technisch am raffiniertesten gesteuerte Polizeiaufgebot verhinderte jegliche unbewilligte Demonstration. Der ganze Kreis 4 wurde für Menschen, die die Polizei als potentielle Demonstrant*innen oder gar Krawallanten identifizierte, zur No-go-Zone. Sie wurden en masse kontrolliert und mit Wegweisungen eingedeckt. 58 Personen wurden (angeblich zur Personenkontrolle) festgenommen und über Stunden festgehalten.

Bereits ein Jahr zuvor hatte ein bisher unbekannt grosses Aufgebot an computergesteuerten Polizist*innen in Strassenschlacht-Montur, ein Helikopter und zivile Verhaftungstrupps jeglichen Versuch, eine Demonstration ausserhalb des bewilligten Rahmens zu veranstalten, verhindert. Die NZZ, die sich in anderen Jahren nicht genug über «Gewaltbereitschaft» aufregen konnte, unterstellte den Demonstrant*innen höhnisch mangelnden Wagemut.

25.8.2015:

Rund 100 Menschen demonstrieren gegen die Räumung besetzter Häuser. Später gehen einige Teilnehmer*innen auf das Kanzleiareal, wo sich an warmen Abenden jeweils Hunderte treffen. Das Areal wird von Polizeibeamten (im Arsenal: Wasserwerfer, Hunde) umstellt und die Bar des Kino Xenix völlig abgesperrt. Die Personalien aller Anwesenden in der Xenix-Bar werden registriert («faustgrosse Steine sichergestellt»), zwei Frauen, die sich wehren, werden «wegen Hinderung einer Amtshandlung» festgenommen. (Quellen: Medienberichte, Indymedia)

19.9.2015:

Eine kleine Kundgebung gegen den «Marsch fürs Leben» von fundamentalistischen Christenmenschen wird von Polizisten in Krawallmontur eingekesselt. Unter dem Einsatz von Gas wird die Soundanlage abtransportiert und später wird die ganze Kundgebung, ungefähr 100 Personen, verhaftet und gefesselt abtransportiert. Viele der Gefangenen werden in Einzelzellen gezwungen, sich vollständig auszuziehen. Bei der Zelle handelte es sich gemäss Bericht einer auf diese Art miss-



Staatlich finanzierte Anhäufung von digitalem Datenmüll. Foto: zvg

handelten Frau in der Online-Zeitung Vice um eine «Ausnüchterungszelle». Andere potentielle Gegendemonstrant*innen werden im Quartier gestellt und «kontrolliert». (Quelle: Vice)

30.10.2015:

Eine Miniatur-Demo an der Zürcher Langstrasse löst eine gewaltige Polizeiaktion sowie die Durchsuchung einer Bar samt aller anwesender Menschen aus. Es ging um den üblen Mietwucher an der Zürcher Neufrankengasse, der durch die auffällig demonstrative Verhaftung eines Hausbesitzers bekannt worden war. Das Polizeicommuniqué sagt alles: «Gegen 19.20 Uhr bemerkte eine Patrouille der Stadtpolizei Zürich, wie rund 20–30 Personen durch die Langstrasse in Richtung Kreis 5 zogen. [...] Angesichts der anrückenden Polizeikräfte zog sich die Gruppe schliesslich in ein nahegelegenes Lokal an der Neufrankengasse zurück. Die Stadtpolizei unterzog danach die Personen im Lokal einer Kontrolle. Insgesamt wurden rund 50 Personen überprüft. Gegen acht Personen wurde eine Wegweisung ausgesprochen. Diverses Demomaterial wurde sichergestellt. Die Kontrolle verlief ruhig und ohne Zwischenfälle und war gegen 21.45 Uhr beendet.» (Quelle: Polizei)

Alois Hinterfuhren

Alois Hinterfuhren. Hat Wolff gewählt und schätzt seine kritischen Analysen der Gentrifizierung von früher.

SELBSTVERWALTET // BIOLOGISCH // REGIONAL

Restaurant Café Zähringer

MO 18:00-24:00
DI-DO 09:00-24:00
FR-SA 09:00-0:30
SO 09:00-24:00

**UNKONVENTIONELLE
ESSEN, LEBEN, ARBEITEN**

ZÄHRINGERPLATZ 11 · 8001 ZÜRICH · ZAEHRINGER.CH

DJZ
Demokratische
Juristinnen und Juristen
Zürich

25 Jahre rotgrüne Polizeiführung 39 Jahre Demokratische Jurist_innen Zürich

Seit fast 40 Jahren setzen sich die Demokratischen Jurist_innen Zürich (DJZ) gegen Polizeirepression ein.

Die DJZ sind ein Verein von Juristinnen und Juristen. Unsere Mitglieder arbeiten als Anwält_innen, in der Verwaltung, an Gerichten, an der Universität, in Gewerkschaften oder studieren noch. Wir haben uns zusammengeschlossen, um bestehende Machtverhältnisse abzubauen und um gemeinsam für Solidarität mit Benachteiligten in Recht und herrschender Politik zu kämpfen.

Infos zu unserer Tätigkeit, der Mitgliedschaft sowie ein Verzeichnis mit praktizierenden DJZ Anwält_innen sind unter djz.ch aufrufbar.

BEOBACHTUNG
ÜBERWACHUNG

ISBN 978-3-944669-42-7
www.cpress.ch

Nicht nur im Durst sind alle gleich.

INTER Comestibles
URBANE GETRÄNKELIEFERUNGEN
www.intercomestibles.ch

grundrechte.ch

Die Geheimdienste stoppen:
Heute noch das Referendum gegen das Nachrichtendienstgesetz NDG unterschreiben!

www.schnueffelstaat.ch
www.ndg-referendum.ch

Postfach, 3001 Bern
www.grundrechte.ch
info@grundrechte.ch

ARBA STROM ARBA HOLZ 8400 WINTERTHUR
ROSENSTRASSE 11 T 052 213 5657 F 052 213 7841
www.arbastrom.ch www.arbaholz.ch

Restaurant
ZIEGEL OH LAC
Rote Fabrik

Seestrasse 407 - 8038 Zürich - 044 481 62 42 - www.ziegelohlac.ch

Stress mit der Polizei oder dem Staat?

Anwaltsbüro Delphinstrasse
delphin-anwaelte.ch

THE REVOLUTION WILL NOT BE TWEETED

Freie Radios* sind soziale Medien. Mithören & mitmachen — Mitglied werden!

lora *97.5 MHz
www.lora.ch

WIDERSPRUCH

Beiträge zu sozialistischer Politik **66**

Finanzmacht – Geldpolitik

Griechenland und Währungsunion; Europäische Zentralbank; Crash der Finanzmärkte; Wechselkurs und Wirtschaftsstandort Schweiz; wirtschaftspolitische Wende; Erosion des Industriesektors; bürgerliche Hegemonie, Macht der Nationalbank; Geldtheorie: Monetarismus, Kreditgeld, Vollgeld

M. Madörin, E. Altvater, H.-J. Bieling, M. Heinrich, F. Bsirske, K. Busch, D. Lampart, W. Vontobel, C. Pardini, R. Rytz, P. Streckeisen, A. Sahr, P. Löpfe

Diskussion

G. Hischer: Rechtspopulismus und politisches Regime
L. Lanfranconi: Geschlecht und Wirtschaftsnutzen
S. Isler / A. Peter: Care-Arbeit – die Zukunftsfrage
S. Jaeggi / U. Mäder: Biografieforschung und Macht

192 Seiten, Fr. 25.– (Abonnement Fr. 40.–) zu beziehen im Buchhandel oder bei vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

ALTERNATIVE BANK SCHWEIZ

Anders als Andere.

ABS-Aktien ermöglichen.

ABS-Aktien sind sinnvolle Anlagen mit einer grossen Wirkung. Die Alternative Bank Schweiz finanziert damit über 950 soziale und ökologische Projekte. Mit einer Zeichnung ermöglichen Sie eine sozialere und ökologischere Wirtschaft und Gesellschaft.

Machen Sie mit.
Mehr über ABS-Aktien: www.abs.ch/aktien

antidotincl.net



Sie machen es auf die linke Tour, am Anfang sind sie mega-anständig, obwohl sie dich mit der Kontrolle ja ficken wollen. (...) Sie werden frech, wir werden frech, dann holen sie Verstärkung. Dann müssen wir uns ausziehen. (->S.16)

KA-POW!

Lust mitzufahren?
Vorne, natürlich.)

«fehlt Deinem Leben die Würze?
Wir haben die Lösung!»
Wir brauchen Verstärkung! Bewirb Dich jetzt! www.sz.ch/polizei